

Die politische Lage in Deutschland nach den Bundestagswahlen

*Resolution der 7. Bundeskonferenz der SAV
vom 1. bis 3. November 2002 in Köln*

SAV Sozialistische
Alternative

Inhalt

Einleitung.....	3
11. September, Imperialismus und Kriegsgefahr.....	6
Kapitalistische Weltwirtschaftskrise – Abschwung oder Absturz?.....	14
Deutsche Wirtschaft: Wegbrechen der Konjunkturstützen.....	23
Keine Schonfrist für Neuaufgabe von Rot-Grün.....	27
PDS auf dem Weg zur Regional- und Regierungspartei Ost.....	32
Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei – ein Prozess.....	35
Stoiber, Möllemann und Schill gestoppt?.....	38
Rückkehr der Klassenkämpfe.....	41
Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat Deutschland erreicht:.....	50

Impressum

V.i.S.d.P.: A. Amm, bei SAV, Berlin
Herausgegeben von der Sozialistischen Alternative (VORAN)
Littenstrasse 106/107, 10179 Berlin, info@sav-online.de
Dezember 2002

Preis: 2 EUR

Nachbestellungen unter versand@sav-online.de oder ☎ (030) 24 72 38 02

Einleitung

1. „Total global: Eine neue, erstmals wirklich internationale Protestgeneration heizt Politikern und Konzernchefs ein.“ Mit diesen Worten begann der Spiegel seine Titelseite zu Genua am 30. Juli 2001.

Am Vorabend der Terroranschläge auf das World Trade Center und das Pentagon hatten sich die Aussichten für die Kapitalistenklasse nachhaltig eingetrübt: Die USA und große Teile der Europäischen Union waren von der Wirtschaftskrise erfasst worden, gleichzeitig hatte die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung mit den 300.000 ArbeiterInnen und Jugendlichen, die in Genua gegen den G8-Gipfel auf die Straße gegangen waren, einen neuen vorläufigen Höhepunkt erlebt.

Auch wenn der „Krieg gegen den Terrorismus“ und der Afghanistan-Feldzug der Bourgeoisie halfen, vorübergehend von der ökonomischen, sozialen und politischen Krise ihres Systems ablenken zu können, war die Arbeiterklasse in Deutschland und international schon sehr bald nach dem 11. September mit weiteren Firmenpleiten, Werkschließungen und Entlassungen konfrontiert. Darüber hinaus wurde die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung keineswegs aus der Bahn geworfen, sondern kam vielmehr mit der sich formierenden Antikriegsbewegung zusammen.

Die Ereignisse des 11. September markierten einen Wendepunkt, der alle Bereiche von Wirtschaft und Politik in allen Teilen der Welt erfasste. Dennoch wurde das Kräfteverhältnis zwischen den Klassen dadurch nicht wesentlich verschoben. Gestärkt wurde der Imperialismus vorrangig auf der ideologischen und militärischen Ebene.

2. Obgleich gegen die Taliban eine größere internationale Allianz geschmiedet werden konnte als gegen den irakischen Staatschef Saddam Hussein im Golfkrieg zehn Jahre zuvor, zeichneten sich schon im Krieg um Afghanistan Spannungen zwischen den führenden imperialistischen Kräften ab, die im Vorfeld eines drohenden US-Angriffs auf den Irak noch deutlicher zum Ausdruck kommen. Mit dem weiteren Verlauf der internationalen Rezession und den damit einhergehenden Handelskonflikten und Handelskriegen werden sich diese Spannungen weiter verschärfen.

Der 11. September 2001 führte nicht zu einer völlig neuen Weltlage, sondern ließ eher Prozesse, die seit dem Zusammenbruch des Stalinismus in Gang gekommen waren, in einem grellen Licht erscheinen: Ablösung des „Kalten Krieges“ durch eine Zunahme „heißer“ Kriege nach dem Wegfall des Ost-West-Gegensatzes, Herausbildung der USA zur weltweit einzigen Supermacht und die Bestrebungen der zweit- und drittgrößten imperialistischen Staaten, Japan und Deutschland, militärisch in der ersten Liga zu spielen.

3. Ein Krieg des US-Imperialismus gegen den Irak würde bundesweit und weltweit eine Antikriegsbewegung auf den Plan rufen, welche nicht nur die Bewegung gegen den Afghanistankrieg vor einem Jahr, sondern möglicherweise auch die Bewegung

gegen den Golfkrieg vor zehn Jahren zahlenmäßig und politisch in den Schatten stellen könnte. Die Demonstrationen und Proteste gegen imperialistisches Großmachtsstreben könnten von Streiks und Arbeitskämpfen im weiteren Verlauf der kapitalistischen Krise begleitet werden.

4. Weder in den USA noch in der EU oder in den meisten Ländern der neokolonialen Welt hat die gegenwärtige Wirtschaftskrise ihren tiefsten Punkt erreicht. Nach dem finanzpolitischen Strohfeuer von US-Präsident Bush und Notenbank-Chef Greenspan droht die US-Wirtschaft erneut abzuschmieren, weil es an kaufkräftiger Nachfrage fehlt. Ein "double dip" in den Vereinigten Staaten, ein zweites Eintauchen in die Rezession, würde andere Volkswirtschaften mit in die Krise stürzen.

Die heutige Weltwirtschaftskrise ist die tiefste Krise seit 1974/75, wenn nicht sogar seit der Großen Depression 1929-33. So wie der ökonomische Einbruch in den siebziger Jahren das Ende des kapitalistischen Nachkriegsaufschwungs markierte, so bedeutet der neue Einbruch in Produktion und Handel das Ende der Nach-Stalinismus-Phase der Neunziger. Während die – schwächere – Rezession am Anfang des vergangenen Jahrzehnts von der beispiellosen ideologischen Offensive des Kapitals überschattet war, ist die Siegestrunkenheit der Herrschenden heute zwar noch keinem Katzenjammer gewichen, aber in eine Legitimationskrise umgeschlagen.

5. Die Wirtschaftskrise der siebziger Jahre führte in der Bundesrepublik zu massiven Angriffen auf alle erkämpften Rechte der Arbeiterklasse, Fabrikschließungen, Massenentlassungen und einer Verdoppelung der Arbeitslosigkeit auf eine Million. Der damalige wirtschaftliche Abschwung ging aber auch einher mit einem Aufschwung von Klassenkämpfen: eine Welle wilder Streiks bis hin zu Betriebsbesetzungen, ein Arbeitskampf für eine 15-prozentige Lohnerhöhung im öffentlichen Dienst gegen die Preisexplosion, eine Regierungskrise und ein Rücktritt des Bundeskanzlers Willy Brandt. Trotz aller Unterschiede in der objektiven Lage – und vor allem einem niedrigeren politischen Bewusstseinsstand in der Arbeiterbewegung zum gegenwärtigen Zeitpunkt – werden wir auch im weiteren Verlauf der heutigen Wirtschaftskrise eine dramatische Zunahme von gesellschaftlichen Konflikten und Klassenkämpfen erleben. In verschiedenen Ländern werden wir Zeuge von Massenbewegungen der arbeitenden Bevölkerung sein. Ein Vorgeschmack darauf waren bereits die Revolution in Indonesien, der Sturz der Milosevic-Diktatur in Serbien und der Aufstand in Argentinien.

6. Im Frühjahr 2002 kam es in Europa zu einer neuen Welle von Klassenkämpfen. Diese Kämpfe gipfelten in die Generalstreiks in Italien und Spanien und in die landesweiten Protestaktionen in Portugal und Griechenland.

Die Arbeiterklasse in Deutschland hinkt diesen Massenbewegungen noch hinterher. Allerdings zeigte sich auch hier die wachsende Kampfbereitschaft der Beschäftigten.

Trotz Rezession und Wahljahr waren die Tarifrunden 2002 von einer erhöhten Zahl von Warnstreiks und Streiks geprägt.

Auf gewerkschaftlicher Ebene hat die Polarisierung zwischen Bürokratie und BasisaktivistInnen weiter zugenommen. Während die Bereitschaft zur Klassenkollaboration – vom Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit bis hin zur Teilnahme an der Hartz-Kommission - neue Blüten trieb, nimmt der Aufbau einer Gewerkschaftslinken Gestalt an. Mit dem Eingreifen der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ in den Metallerstreik hat die Gewerkschaftslinken zum ersten Mal gemeinsam in einer Tarifrunde interveniert.

7. Bei den Bundestagswahlen kam die Schröder/Fischer-Regierung in letzter Sekunde mit einem blauen Auge davon. Ein größerer Teil von ArbeiterInnen und Jugendlichen wollte eine Neuauflage einer CSU/CDU-geführten Regierung unter Stoiber, einem besonders reaktionären Vertreter der Unternehmerschaft, trotz aller Enttäuschungen in Rot-Grün dennoch verhindern.

Vor vier Jahren hatte die deutsche Arbeiterklasse an den Wahlurnen Rache genommen für 16 Jahre Kohlregierung und Umverteilungspolitik von unten nach oben. Auch wenn seinerzeit keine überschwenglichen Erwartungen in SPD und Grüne bestanden, waren trotzdem vorübergehend Hoffnungen aufgekeimt. Für die Neuauflage der rot-grünen Bundesregierung wird es demgegenüber keine Schonfrist geben. Es ist möglich, dass Rot-Grün schnell in eine Regierungskrise gerät. Auslöser kann die soziale Frage aber auch die Kriegspolitik sein.

8. Vor dem Hintergrund einer Verschärfung der Wirtschaftskrise stehen bereits in den nächsten Monaten zentrale betriebliche und gewerkschaftliche Auseinandersetzungen an: Tarifrunde im öffentlichen Dienst, Gesundheitsreform, die Umsetzung der Hartz-Pläne und neue „Sparpakete“, begründet mit dem steigenden Haushaltsdefizit. Die deutsche Bourgeoisie, die im internationalen Vergleich beim Sozialkalkül Nachholbedarf sieht, wird den Druck auf Rot-Grün verstärken, den „Reformstau“ (sprich die Zerschlagung der Reste des Sozialstaates) anzugehen.

Es ist eine Frage der Zeit, bis in dem einen oder anderen Betrieb auf erneute Hiobsbotschaften mit spontanen Streikmaßnahmen oder sogar einer Betriebsbesetzung geantwortet wird. Eine einzige größere betriebliche Auseinandersetzung könnte zu einer dramatisch beschleunigten (Klassen-)Polarisierung der Gesellschaft führen.

9. Das Debakel der PDS am 22. September, die als Partei den Wiedereinzug in den Bundestag verfehlte, bedeutet einen Rückschlag für die Linke und die Arbeiterbewegung. Allerdings scheiterte die PDS nicht mit linker Politik, sondern mit ihrem Anpassungskurs an das bürgerliche Establishment und ihren Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin. Der Niedergang der Partei wird sich auf Grund der Schwäche der innerparteilichen Opposition an Tempo gewinnen. Der PDS droht

ein Fortbestehen als ostdeutsche Regional- und Regierungskraft, auch wenn die PDS auf der Wahlebene in dem einen oder anderen Fall mangels Alternative noch einmal zulegen kann.

Die Verbürgerlichung der Sozialdemokratie und eine verstärkte Abwendung von Rot-Grün seitens ArbeiterInnen, Arbeitslosen und Jugendlichen wird mit der weiteren Zuspitzung der kapitalistischen Krise in den kommenden Kämpfen der Arbeiterklasse die Offenheit für die Idee einer neuen Arbeiterpartei vergrößern. Auch wenn der Niedergang der PDS kurzfristig eher negative Auswirkungen auf das Bewusstsein hat und Einzelne in bezug auf die Möglichkeiten für linke Politik im Parlament entmutigen könnte, fällt damit ein praktisches Hindernis für die Entstehung lokaler Wahlbündnisse und anderer Formationen auf dem Weg zu einer neuen Arbeiterpartei in den nächsten Jahren weg.

11. September, Imperialismus und Kriegsgefahr

10. Zum ersten Jahrestag der Attentate kommentierte die Frankfurter Allgemeine Zeitung: *„Im Zustand des Schocks ist von einem Epochenwechsel die Rede gewesen. Tatsächlich war der 11. September zugleich Kulminationspunkt und Katalysator der Veränderungen, die das internationale System seit dem letzten Wendepunkt der Weltgeschichte, dem Zusammenbruch des Sowjetreiches und der bipolaren Weltordnung erfahren hatte. Die Angriffe auf Amerika haben diese Entwicklungen blitzlichtartig erhellt und beschleunigt. Der 11. September war jedoch weder ihr Anfang noch ihr Ende.“* Die grausamen Terroranschläge vom 11. September waren Massenterror, verübt von reaktionären Gruppen. Mit dem traditionellen individuellen Terror, der sich gegen Vertreter des herrschenden Systems richtet, haben sie gemeinsam, dass beide den Kapitalisten in die Arme spielen, die weitere Militarisierung der Politik zu forcieren. Die SAV lehnt beide Methoden ab. Überall auf der Welt diente der 11. September der herrschenden Klasse, außenpolitisch, um neue Rüstungsprojekte in Auftrag zu geben und den Einflussbereich der eigenen Armee auszudehnen, innenpolitisch, um unter dem Deckmantel der Terrorismusbekämpfung in aller Schnelle neue gesetzliche Rahmenbedingungen für Überwachung und Repression durch Polizei und Geheimdienste zu schaffen.

11. Die neunziger Jahre unterstrichen Lenins Aussage: Kapitalismus bedeutet Krieg. Seit dem Scheitern der stalinistischen Regime und seit der alleinigen Dominanz des kapitalistischen Systems wurden zwischen 1990 und 2000 27 größere bewaffnete Konflikte ausgetragen. Zum ersten Mal seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges war auch Europa wieder Schauplatz von Kriegen und Bürgerkriegen. In den ersten zehn Jahren, nachdem US-Präsident George Bush senior eine „neue Weltordnung“ verkündet hatte, wurden mehr als 50 Millionen Menschen zu Kriegsflüchtlingen – das ist jeder 120. auf diesem Planeten. Nie war die Welt dem Einsatz von Atomwaffen seit der Kuba-

krise 1962 so nahe wie in diesem Frühjahr, als der Grenzkonflikt zwischen Indien und Pakistan um Jammu/Kaschmir zu eskalieren drohte. Gründe für diese bedrohlichen Entwicklungen sind der Wegfall des Systemgegensatzes, der Niedergang des Kapitalismus und die daraus resultierenden verschärften Spannungen zwischen den kapitalistischen Kräften.

12. Niemals zuvor in der Weltgeschichte konnte ein Land eine größere ökonomische, politische und militärische Dominanz ausüben als der US-Imperialismus heute. Der Anteil am weltweiten Sozialprodukt beläuft sich auf 30 Prozent (unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg waren es unter Ausnahmebedingungen zwar 50 Prozent, reduzierte sich dann aber bis Ende der achtziger Jahre auf gut 20 Prozent), der Anteil an den weltweiten Rüstungsausgaben auf 40 Prozent.

In fast allen Regionen auf der Erde hat das US-Militär Stützpunkte errichtet. Die NATO wird nach und nach zu einem Anhängsel Pentagon degradiert. Auf ähnliche Art gerät nun die UNO unter den Druck des Weißen Hauses. Das Weiße Haus ist vermehrt darauf aus, den anderen kapitalistischen Mächten ihre Politik zu diktieren. Fand der Golfkrieg noch unter UNO-Mandat und der Balkan-Krieg unter NATO-Oberkommando statt, so zwangen Bush, Vize Cheney und Verteidigungsminister Rumsfeld ihren „Alliierten“ im Afghanistankrieg noch unverfrorener als in den beiden vorherigen Feldzügen den eigenen Willen auf. Zusammenfassen lässt sich diese Entwicklung in der Formel: UNO – NATO – SOLO (Winfried Wolf: „Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung“, 2002). Darüberhinaus kündigte die Supermacht der USA den Atomwaffensperrvertrag einseitig auf, buttert 200 Milliarden Dollar in den Bau von 3.000 Kampfflugzeugen vom Typ Joint Strike Fighter, dem größten Rüstungsprojekt aller Zeiten, und behält sich zum ersten Mal öffentlich die Option eines atomaren Präventivschlages vor.

13. Allerdings arbeiten die europäischen Kapitalistenklassen ebenfalls darauf hin, international eine bedeutendere eigenständige Rolle zu spielen. Darum wurde mit der European Aeronautic Defence and Space Company (EADS) der größte kontinentaleuropäische Rüstungskonzern geschaffen, darum wird eine 60.000 Mann starke EU-Armee aufgebaut.

Deutschland, die stärkste imperialistische Macht Europas, teilte mit dem japanischen Imperialismus in den letzten Jahrzehnten das Schicksal, ökonomischer Riese aber militärischer Zwerg zu sein. In beiden Ländern sind die herrschenden Klassen dabei, einen Schlussstrich unter die so genannte Nachkriegszeit zu ziehen. Schon 1992 formulierten Verteidigungsministerium und Bundeswehrleitung in den „Verteidigungspolitischen Richtlinien“ ihren Anspruch auf die „Aufrechterhaltung des freien Welt-handels und des ungehinderten Zugangs zu Märkten und Rohstoffen in aller Welt“. Die ersten Kriegseinsätze der Bundeswehr im Kosovo/Kosova und in Afghanistan bedeuten eine Zäsur. Mittlerweile sind deutsche Soldaten in sieben verschiedenen

Ländern und Regionen stationiert, um ihre Einflussosphäre auszudehnen. Die Umgestaltung der Bundeswehr in eine Interventionsarmee, symbolisiert durch den Aufbau der Kommando-Spezialkräfte (KSK), ist in Angriff genommen worden. Riesige Rüstungsprogramme, damit die Bundeswehr zu einer universell einsetzbaren Truppe werden kann, wurden konkretisiert: Militärtransporter „A400M“, Kampfhubschrauber vom Typ NH-90, Vergrößerung der Spezialkräfte.

Es ist kein Zufall, dass die Bundeswehr ausgerechnet in Makedonien zum ersten Mal überhaupt die Leitung einer Militäroperation übernommen hat. Osteuropa und der Balkan sind für die deutschen Konzerne so etwas wie ihr „Hinterhof“. Zwar ist die westliche Investitionstätigkeit dort noch immer gering, aber Deutschland ist dabei führend. Im Kosovo/Kosova und in Montenegro war die D-Mark in den letzten Jahren faktisch zur Währung geworden.

14. Nach den Anschlägen auf das Pentagon und das World Trade Center wollte das Weiße Haus mit den anderen führenden kapitalistischen Mächten im Schlepptau einen Vergeltungsschlag durchführen, allen Kräften, die es wagen, den Imperialismus herauszufordern, eine Lektion erteilen und Stärke demonstrieren und damit das eigene angekratzte Prestige wieder herstellen.

In letzter Konsequenz lassen sich alle imperialistischen Interessen auf ökonomische Faktoren zurückführen. Das bedeutet nicht, dass jede militärische Aktion unmittelbar mit konkreten Profitinteressen verknüpft ist. Die Aufrechterhaltung der geostrategischen „Ordnung“ im Sinne des Imperialismus, das Zurückdrängen von „aufsässigen“ regionalen Despoten, die Wiederherstellung militärischer Macht und des Prestiges oder das Eindämmen und Begrenzen von nationalen Konflikten (wie in den Balkan-Kriegen) und nicht zuletzt die Unterdrückung von sozialen Bewegungen und Revolutionen sind Faktoren, die mittelbar zur Durchsetzung der ökonomischen Interessen der kapitalistischen Klasse dienen.

Sobald mit dem Regime in Kabul der Gegner ausgemacht war, stellten sich für den Imperialismus Mitnahmeeffekte ein: Sie nutzten den Feldzug gegen den „Schurkenstaat“, um neue Militärstützpunkte zu errichten und sich in der ganzen Region dauerhaft festsetzen zu können. Erschließung und Transport der riesigen unerforschten und ungenutzten Öl- und Gasvorkommen im kaspischen Raum treiben das internationale Kapital seit Jahren um. Schon im Jahr 2000 hatte Ahmed Rashid in seinem Buch *„Taliban – Afghanistans Gotteskrieger und der Dschihad“* geschrieben: *„Das Gerangel um Öl und Einfluss, das die Großmächte in der kaspischen Region veranstalteten, ähnelte dem im Mittleren Osten in den 1920er Jahren. Großmächte wie Russland, China und die USA, die Nachbarstaaten Iran, Pakistan, Afghanistan und die Türkei, die Staaten Zentralasiens selbst und die wohl mächtigsten von allen, die Ölkonzerne, rivalisieren im „neuen großen Spiel“, wie ich es 1997 in einem Zeitschriftenartikel nannte. Der Begriff blieb haften und wurde von Regierungen, Experten und Ölkonzernen übernommen.“*

15. Die Europäische Union würde in ihrer Mehrheit lieber Geschäfte mit dem Irak machen, als einen Krieg gegen Saddam Hussein zu führen. So nahmen in den letzten Jahren alle führenden EU-Staaten Handelsbeziehungen zum Irak auf. Spitzenreiter ist Frankreich mit einem Volumen von 3,8 Milliarden Dollar im Jahr, Deutschland folgt auf dem dritten Platz mit 634 Millionen. Demonstrativ wurde seit Beginn 2001 irakisches Öl in Euro anstatt, wie bei allen Ölstaaten bislang üblich, in US-Dollar abgerechnet. Die EU hat zwar derzeit eine größere Abhängigkeit von den Ölimporten aus dem Nahen Osten (die EU beziehen 39,7 Prozent ihrer Rohölimporte aus der Golfregion, die USA nur 26,9 Prozent), mittelfristig sind die Ölreserven im Nahen Osten aber sowohl für den europäischen wie den US-Imperialismus unverzichtbar. In Deutschland und in der EU sind sich die Herrschenden auch sehr wohl bewusst, dass der US-Imperialismus im Falle eines erfolgreichen Kriegsverlaufs die Nase vorn haben dürfte und die Nachkriegsordnung des Nahen Ostens weitgehend dominieren würde. Noch schwerer als die gegenwärtigen Wirtschaftsbeziehungen wiegen bei den Bedenken der EU-Mehrheit jedoch die Ängste vor den politischen Folgen eines Irakkrieges. Dieser Krieg könnte eine Serie von Kriegen, Bürgerkriegen, Regimewechseln und Aufständen der arabischen Massen nach sich ziehen mit all seinen Auswirkungen auf die zwölf Millionen muslimischen ImmigrantInnen in Westeuropa.

16. Bei den Bundeswehreinsetzungen auf dem Balkan und in Afghanistan war der Weg ein Stück weit das Ziel in der Hinsicht, dass die Herrschenden in der BRD diese Kriegseinsätze nutzen wollten, um künftige Einsätze zu ermöglichen. Dafür benötigen sie ein erneutes militärisches Mitwirken gegen den Irak nicht. Deshalb werden sie einfach eine „Kosten-Nutzen-Rechnung“ aufstellen: Was hätten sie für eine Teilnahme am Krieg aufzubringen, was könnte dabei herauspringen?

Die herrschende Klasse Deutschlands ist sich bewusst, dass sie sowohl im Falle eines Krieges als auch bezüglich der Nachkriegsordnung gegenüber dem US-Imperialismus im Hintertreffen wäre. Trotz all dieser Bedenken sind Bundeskanzler Schröder und Außenminister Fischer mit ihren kritischen Äußerungen gegenüber Bushs Kriegsplänen aus Sicht des deutschen Kapitals entschieden zu weit gegangen.

Die öffentliche Kritik von Schröder und Fischer an den US-Kriegsplänen gegen den Irak im Vorfeld der Bundestagswahlen entsprang in hohem Maß wahltaktischem Kalkül. Der von Schröder verkündete *„deutsche Weg“* ist nicht nur Propaganda, sondern auch ein Stück weit Programm. Auf jeden Fall will Berlin in Zukunft aus dem Schatten der USA treten und militärpolitisch eigenständiger agieren.

Der Chef des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Michael Rogowski, beschuldigte die SPD, in den letzten Tagen vor den Bundestagswahlen in der Außenpolitik einen *„Amoklauf im Porzellanladen“* betrieben zu haben. Obwohl die rot-grüne Bundesregierung vor dem 22. September aus Sicht des deutschen und europäischen Kapitals zu weit ging, widerspiegelte sich in ihrer Position in verzerrter Form eine von den USA abweichende Interessenlage.

In der nächsten Zeit wird das deutsche Establishment es mit Washington nicht zum Bruch kommen lassen, nicht an Hand dieser Frage. Wenn Panzer rollen sollten, wären alle EU-Staaten daran interessiert, entweder selber mitzumarschieren oder aber auf anderem Wege mitzumischen, um bei der Neuaufteilung der Einflusssphären im rohstoffreichen Nahen Osten nicht völlig im Abseits zu stehen.

In jedem Fall wird das Kabinett Schröder nach seiner Wiederwahl die im Bundestagswahlkampf vertretene Position nicht aufrechterhalten können. Es ist nicht auszuschließen, dass sie eine direkte Kriegsbeteiligung deutscher Soldaten weiterhin ablehnen. Dennoch werden sie einen Vorwand suchen, (zum Beispiel die „Entdeckung“ neuer Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins), um ihre oppositionelle Haltung zu einem US-Krieg gegen den Irak aufgeben zu können. Allerdings stecken sie in einem Dilemma. Auf der einen Seite der Druck des US-Imperialismus und der deutschen Bourgeoisie, auf der anderen Seite die Sorgen vor einer Stärkung der Antikriegsbewegung, wenn die Wahlkampf-Versprechen gebrochen würden.

17. Selbst in Washington und an der Wall Street gibt es hinter den Kulissen Meinungsverschiedenheiten in der Frage eines militärischen Vorgehens gegen den Irak. Bezeichnenderweise haben gerade die Repräsentanten des Militärlagers, die wie Powell, Schwarzkopf oder Scowcroft im Golfkrieg federführend waren, Sorgen über ein militärisches Abenteuer geäußert. Die Partei der Republikaner war in den letzten Monaten offen gespalten, da für viele die ökonomischen und innenpolitischen Risiken unkalkulierbar waren.

US-Präsident Bush trug der Opposition im eigenen Lager und in Europa Rechnung, indem er in seiner Rede vor den Vereinten Nationen einen Tag nach dem ersten Jahrestag der Terroranschläge auf die UNO zuzug und Forderungen an Saddam Hussein richtete. Gleichzeitig läutete er mit seiner Ansprache aber auch den Countdown für einen möglichen Krieg ein. Die Falken, die sich seit dem Afghanistan-Feldzug im Aufwind sehen, treiben unterdessen die Voraussetzungen dafür mittels Truppenverlagerungen, Militärmanövern und Propagandaschlacht voran.

Ein Krieg ist mittlerweile sehr wahrscheinlich geworden. Für die Weltöffentlichkeit haben Bush und sein Kabinett ihre ganze politische Zukunft an den Sturz Saddam Husseins geknüpft. Ein Rückzieher in letzter Sekunde würde einem enormen Prestigeverlust gleichkommen.

Es ist davon auszugehen, dass die USA spätestens im Februar nächsten Jahres loschlagen. Erstens laufen die Vorbereitungen auf Hochtouren, zweitens wurden schon über Monate die Kriegstrommeln gerührt, drittens würde eine weitere Verschiebung einen Krieg im Sommer unter erschwerten Bedingungen zur Folge haben.

18. Der militärisch-industrielle Komplex der Vereinigten Staaten, der maßgeblich von den großen Ölmultis mitbestimmt wird, will seine Zugriffsmöglichkeiten zu den Ölvorkommen am Golf verbessern, in denen bekanntlich mehr als 60 Prozent der welt-

weiten Ölreserven lagern. Außerdem will Bush junior mit dem Sturz Husseins den vor zehn Jahren begonnenen Krieg Bush seniors erfolgreich zu Ende führen, um Stärke zu demonstrieren und damit die weltweite einmalige Vormachtstellung der USA weiter auszubauen. Bush, Cheney und Rumsfeld gehen inzwischen auf Distanz zum einstigen US-Vasallen Saudi-Arabien, da der Ölproduzent Nummer 1 immer mehr zu einem Unsicherheitsfaktor wird, in dem radikale islamistische Kräfte an Einfluss gewinnen. Im Irak, der über die zweitgrößten gesicherten Ölreserven der Welt verfügt, soll eine neue US-freundliche Regierung installiert werden. Überlegt wird auch, den Irak unter direkte US-Militärverwaltung zu stellen; dazu wird es jedoch aller Voraussicht nach nicht kommen. *„Wahrscheinlich würde Irak das erste Opec-Land, dessen Ölindustrie nicht mehr in staatlicher Hand ist. (...) Der von der Opec mühsam bei etwa 25 Dollar gehaltene Rohölpreis würde vermutlich unter zehn Dollar absinken. Genauer gesagt, die Opec wäre tot“* (Financial Times Deutschland vom 14. August 2002).

19. Ein Sieg der USA gegen den Irak würde den Imperialismus stärken und es ihm leichter machen, die neokoloniale Welt auszubeuten und fortschrittliche Bewegungen zu unterdrücken. Deshalb tragen wir nach Kräften zum Aufbau einer internationalen Antikriegsbewegung bei, die das Ziel hat, den Krieg gegen den Irak zu verhindern oder den US-Imperialismus zum Abbruch des Krieges zu zwingen, ohne dass er seine Kriegsziele erreicht hat. Dennoch stehen wir nicht an der Seite eines reaktionären Diktators wie Saddam Hussein, sondern an der Seite der ArbeiterInnen, Bauern und unterdrückten Massen im Irak und in Kurdistan. Ihre Aufgabe muss es sein, unterstützt von der internationalen Arbeiterbewegung, Hussein das Handwerk zu legen, sein Regime zu Fall zu bringen, eine Arbeiterdemokratie zu errichten und für eine sozialistische Föderation im Nahen Osten zu kämpfen.

20. Der Aufstieg der radikalen islamistischen Bewegung war nur möglich auf Grund des Verrats des Stalinismus an den Befreiungsbewegungen im Nahen Osten, in Zentralasien und auf dem indischen Subkontinent nach dem Zweiten Weltkrieg. Trotz der Erfahrungen mit dem islamischen Fundamentalismus an der Macht im Iran, im Sudan und in Afghanistan werden diese Kräfte nicht über Nacht von der Bildfläche verschwinden. Solange die Arbeiterbewegung in der Region ihre politischen und organisatorischen Schwächen nicht überwunden hat, sind sogar neue Regime nach dem Vorbild des iranischen „Gottesstaates“ in Ländern wie Saudi-Arabien oder Pakistan möglich.

Unter dem Eindruck der Errungenschaften der Planwirtschaft in Osteuropa trotz der bürokratischen Beschränkungen musste sich die Bewegung unter Khomeini in der iranischen Revolution 1979 noch linker Rhetorik bedienen und vorübergehend sogar Teile der Wirtschaft verstaatlichen. Demgegenüber haben die Kräfte des islamischen Fundamentalismus heute vor dem Hintergrund der neuen Weltlage einen ganz offen reaktionären Charakter.

21. Das Säbelrasseln der Bush-Administration hat den Ölpreis in diesem Herbst bereits auf ein 18-Monate-Hoch steigen lassen. In den sechs Monaten nach Husseins Annexion Kuwaits 1990 hatte sich der Ölpreis seinerzeit verdoppelt, war im Golfkrieg aber rasch wieder gesunken.

Demgegenüber droht eine größere und sehr viel länger andauernde Ölpreisexplosion im Falle eines neuen Irak-Krieges. Denn heute steht dem US-Imperialismus kein verlässlicher Opec-Partner wie in der Vergangenheit Saudi-Arabien zur Seite. „Im ungünstigsten Szenario hingegen werden der Irak und vielleicht sogar, was nicht allein der ägyptische Staatspräsident Hosni Mubarak befürchtet, der gesamte Nahe Osten in ein Chaos gestürzt. Der Ölfluss stoppte, die Ölmultis würden aus der Region vertrieben, und bei Preisen von 50 Dollar für ein Fass Öl stürzte die Weltwirtschaft in eine Rezession“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 2. September 2002).

22. Kaufen, wenn Kanonen donnern? Zynischerweise „belebte“ sowohl der Zweite Weltkrieg als auch der Koreakrieg am Beginn der fünfziger Jahre die US-Wirtschaft. Kriege lösen jedoch nicht automatisch eine Sonderkonjunktur aus. Vielmehr sind die aktuell zu Grunde liegenden ökonomischen Makrodaten ausschlaggebend. In den USA war die Wirtschaftskrise der Depressionsära mit der Rüstungskonjunktur bereits Ende der dreißiger Jahre überwunden. Im Jahr 1940 hatte ein neuer Aufschwung eingesetzt, auf den nach 1945 der Nachkriegsaufschwung folgte, der zum Zeitpunkt des Koreakrieges 1950-53 noch an Fahrt gewann.

Demgegenüber verschärfte die militärische Offensive des US-Imperialismus im Vietnamkrieg Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre die wirtschaftlichen Probleme, die mit der Krise bei der Produktivität und Rentabilität begonnen hatten.

Allerdings ist die Interessenlage im Unternehmerlager nicht einheitlich. Die Auto-, Öl- und Rüstungslobby, zu der zwölf der zwanzig umsatzstärksten Konzerne der Welt gehören, reiben sich derzeit die Hände. Es ist kein Zufall, dass die Aktienwerte von Unternehmen wie dem Rüstungskonzern Lockheed bei der Wiedereröffnung der New Yorker Börse nach dem 11. September in die Höhe geschossen waren.

23. Der US-Imperialismus will die Gunst der Stunde nutzen und das Vietnam-Trauma überwinden, sowie Schlappen wie die Militärintervention in Somalia 1993 vergessen machen. Innenpolitisch konnten sie das Rad der Geschichte zurückdrehen, indem er kämpfte demokratische Rechte eingeschränkt und die Stellung des Präsidenten gestärkt, sowie die Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten des Parlaments beschnitten wurden.

Außenpolitisch birgt der Irak-Feldzug große Risiken. Irak ist nicht Afghanistan. Die 400.000 bewaffneten Kräfte betragen das Zehnfache der Zahl von Soldaten, auf die sich die Taliban stützen konnte. Im Gegensatz zur Nordallianz stehen den USA keine vergleichbaren Bodentruppen zur Verfügung. Die unterdrückten KurdInnen im Norden, aber auch die benachteiligten Schiiten im Süden stehen dem US-Imperialismus

äußerst kritisch gegenüber. Schließlich mussten sie die Erfahrung machen, dass die USA als früherer Verbündeter Saddam Husseins immer wieder wegschauten, wenn Hussein mit aller Brutalität gegen sie vorging. Die USA und die anderen führenden imperialistischen Mächte weltweit wiederum haben kein Interesse an einer möglichen Stärkung der kurdischen Befreiungsbewegung. Ebenso wenig ist ihnen daran gelegen, dass die Schiiten Aufwind bekommen und sich irakische Massen auf den Iran orientieren.

Zu Recht warnten die New York Times: „Wir reden nicht über Tora Bora. Wir reden über einen Krieg in der größten Tankstelle der Welt.“ Ex-General Schwarzkopf verweist in seinen Memoiren darauf, dass die USA im Golfkrieg vor zehn Jahren ganz bewusst auf eine Invasion von Bagdad verzichtet hatten.

Dennoch sind die USA militärisch in der Lage, den Irak in die Knie zu zwingen und Hussein zu stürzen. Aber der Preis könnte hoch sein: 200 Milliarden US-Dollar geschätzte Kriegskosten, Massenproteste, Regierungskrisen und Regimewechsel im Nahen Osten und der Aufbau einer Antikriegsbewegung in den Vereinigten Staaten, die mit einer Radikalisierung der Arbeiterklasse im Zuge der Rezession einher gehen könnte.

24. Die Lage im Nahen Osten ist sehr instabil. Wir müssen vor allem diese Instabilität der Lage betonen, auf scharfe Wendungen und plötzliche Veränderungen in jede Richtung vorbereitet sein und die grundlegenden Fragen betonen: dass Kapitalismus Krieg bedeutet, dass die reaktionären imperialistischen Systeme keine Stabilität schaffen können, keine sozialen oder nationalen Fragen lösen können. Es ist eine große Bandbreite von Entwicklungen möglich. Wegen dem völlig reaktionären und verfaulten Charakter von Saddams Führungsclique ist es nicht auszuschließen, dass Saddam im letzten Augenblick in einer Palastrevolte abserviert wird und die USA einen Triumph einfahren können, ohne mehr Schüsse abzufeuern als sie es die ganze Zeit machen. Es ist auch möglich, dass es zu einem ungeheuren Flächenbrand von Ägypten bis Pakistan oder zum Einsatz von Massenvernichtungswaffen kommt. Dazwischen liegen viele weitere Varianten.

25. Der gesamte Bush-Clan, eine Interessengruppe von Ölindustriellen, Rüstungslobbyisten und einem besonders reaktionären Flügel der herrschenden Klasse in den USA, wiegt sich derzeit in der Illusion, dass keine Macht der Welt sie aufhalten kann: Wahlergebnisse werden gefälscht, Präsidenten (Bush senior und Bush junior) und Regierungsmitglieder (Cheney) in Ämter gebracht, Gesetze per Handstreich außer Kraft gesetzt, unliebsame Regime ausgehebelt und die politische Landkarte neu gestaltet. Trotz alledem sind ihnen sogar nach dem 11. September ansatzweise die Grenzen aufgezeigt worden. So scheiterte der vom CIA mit vorbereitete Militärputsch in Venezuela am Widerstand der unterdrückten Massen in Caracas.

26. Trotz der beispiellosen bürgerlichen Propagandawelle nach dem 11. September

konnte sich eine internationale Antikriegsbewegung formieren, die sich mit der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung politisch befruchtete und in Deutschland anlässlich des Bush-Besuches in Berlin 70.000 Menschen an einem Wochentag auf die Straße brachte. Im Falle eines Irakkrieges könnte die Bewegung zahlenmäßig und politisch noch bedeutend an Stärke gewinnen.

Dem Kapital und seinen politischen Repräsentanten gelang es nach den Terroranschlägen auch, vorübergehend die soziale Frage in den Hintergrund zu drängen. Dennoch waren wir bereits in diesem Frühjahr Zeuge einer neuen Welle von Klassenkämpfen in Europa. Im weiteren Verlauf der Weltwirtschaftskrise wird die Arbeiterklasse dem politischen Geschehen verstärkt den Stempel aufdrücken.

Kapitalistische Weltwirtschaftskrise – Abschwung oder Absturz?

27. Die Bilanzfälschungen und Bankrottmeldungen von Großunternehmen wie Enron, Worldcom oder Xerox in diesem Frühjahr haben illustriert, dass die Krise des Wirtschaftsriesen USA noch lange nicht überwunden ist. Der US-Wirtschaft droht der Rückfall in die Rezession oder eine Phase langgezogener Stagnation, mit ökonomischen und sozialen Auswirkungen für Deutschland, die Europäische Union und andere Wirtschaftszentren, die Erinnerungen an die Weltwirtschaftskrise 1974/75 oder sogar 1929-33 wach werden lassen. „Schwellenländer“ wie Argentinien aber auch Brasilien (mit einer Wirtschaftskraft, die der Hälfte aller lateinamerikanischen Staaten entspricht), stehen an der Schwelle zum wirtschaftspolitischen Kollaps. Japan nach den USA die zweitgrößte Ökonomie der Welt, ist auf dem Weg in den Staatsbankrott.

28. Die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise findet vor dem Hintergrund einer seit Mitte der siebziger Jahre andauernden Stagnations- und Depressionsperiode des Kapitalismus statt und unterscheidet sich dadurch beispielsweise von der Krise 1974/75, die nach dem jahrzehntelangen Nachkriegsaufschwung kam. Der Kapitalismus hat in den vergangenen Jahrzehnten im Kampf gegen die Krise und ihre Folgen seine Reserven zu erheblichen Teilen aufgebraucht. Mit der Senkung der Rohstoffpreise auf Kosten der neokolonialen Länder, Spekulationsbooms, eine massive Steigerung der privaten und öffentlichen Verschuldung hat er die letzten Aufschwünge unterstützt. Die Folgen davon tragen heute zur Instabilität bei.

29. „Die globale Industrieproduktion ging zum ersten Mal seit möglicherweise zwei Jahrzehnten im ersten Halbjahr 2001 im Jahresvergleich um sechs Prozent zurück. Willkommen bei der ersten globalen Rezession im 21. Jahrhundert“ (Economist vom 4. August 2001). Das Welthandelwachstum brach von plus zwölf Prozent im Jahr 2000 auf plus ein Prozent 2001 ein. Die US-Wirtschaft schrumpfte 2001 drei Quartale in Folge, nachdem die Industrieproduktion bereits ein Jahr zuvor abgeschmiert war. In den letzten 18 Monaten kam es zu fünf der zehn größten Konzernzusammenbrüchen in

der Geschichte der USA. Der Dow Jones-Aktienindex ist seit seinem Höchststand im März 2000 um mehr als ein Drittel, der Technologiebörsenindex Nasdaq um zwei Drittel eingebrochen. Werte in einer Größenordnung von sieben Billionen US-Dollar wurden auf dem New Yorker Börsenparkett ausgelöscht.

30. Die Krisen 1997 in Südostasien und im Sommer 1998 in Russland sowie im Herbst 1998 in Lateinamerika waren keine regional begrenzten Krisen, sondern der Ausgangspunkt der heutigen Weltwirtschaftskrise. Obgleich die Rezession in den USA und den meisten EU-Staaten erst 2001 einsetzte, ist der Abschwung in den führenden Industriestaaten am Beginn des neuen Jahrzehnts dennoch auf dieselben Ursachen zurückzuführen wie in den so genannten Schwellenländern am Ende des letzten Jahrzehnts. Auf der verzweifelten Suche nach profitablen Anlagemöglichkeiten flossen von 1991-96 Kapitalströme im Umfang von mehr als 150 Milliarden US-Dollar nach Südostasien. 1996 gipfelte diese Entwicklung in einen Kapitalzufluss von 57 Milliarden US-Dollar allein innerhalb von zwölf Monaten. Ob im Schiffbau, in der Computerindustrie, in der Elektronikbranche oder in der Autoproduktion wurden zusätzlich zu den weltweit gigantischen Überkapazitäten neue Produktionsstätten errichtet. Die dadurch hervorgerufene Absatzkrise und die Entwertungen der südostasiatischen Währungen führten zu einer massiven Kapitalflucht.

Zwischen der Kapitalflucht aus Südostasien auf der einen Seite und der damaligen Fortsetzung und Verstärkung des US-Booms auf der anderen Seite bestand ein innerer Zusammenhang, genauso wie zwischen der Verlängerung des US-Booms (genährt vom Zustrom neuer Kapitalmengen) und der vorübergehenden Erholung der „Tigerstaaten“, primär basierend auf den Billigexporten nach Nordamerika.

31. Der Grundwiderspruch des Kapitalismus besteht im Widerspruch zwischen gesellschaftlicher Produktionsweise und privater Aneignungsweise. Der anarchische Charakter des kapitalistischen Systems führt in aller Regelmäßigkeit zu Ungleichgewichten und Krisen. Die heutige kapitalistische Krise ist eine klassische Krise von Überproduktion und – auf Grund der Just-in-time-Produktion – mehr als in früheren Krisen von Überkapazitäten.

William Greider beleuchtet in seinem Band „Endstation Globalisierung“ (1997) den Automarkt: „Welches Ausmaß die Überkapazität angenommen hatte, soll mit folgenden Zahlen veranschaulicht werden: 1985 hätte die Automobilbranche bei normaler Auslastung etwa elf Prozent mehr produzieren können, als auf dem Markt abzusetzen war. (...) Ein Jahrzehnt später hatte sich die Überkapazität weiter erhöht und lag nun bei 14 Prozent. (...)“ Im gleichen Jahr, 1995, zeichnete sich bereits ab, „dass das Ungleichgewicht noch größer geworden war und die weltweite Produktionskapazität die Nachfrage im Jahr 2000 um 27 Prozent übersteigen würde“. Inzwischen liegen rund ein Drittel der Kapazitäten in diesem Sektor brach. In der Stahlindustrie gibt es laut dem US-Finanzministerium auf dem Globus Überkapazitäten von 35 Prozent (315

Millionen Tonnen „zuviel“ Stahl kann hergestellt werden). In der Telekommunikationsbranche haben Überkapazitäten in diesem lange boomenden Bereich weltweit Schulden von mehr als einer Billion US-Dollar hervorgebracht. In den USA sind die Kapazitäten aller Branchen im Schnitt nur noch zu 76 Prozent ausgelastet.

„Bei Strafe des eigenen Untergangs“ (Marx) haben die Einzelkapitalisten weltweit in den neunziger Jahren immer größere Kapitalmengen in neue Technologien und modernere Betriebsanlagen investiert, gesamtgesellschaftlich jedoch weit über die kaufkräftige Nachfrage - nicht über die Bedürfnisse - hinaus Produkte angehäuft und Produktionsstätten aufgebaut. Angesichts der gigantischen Überkapazitäten wurde im Verlauf des vergangenen Jahrzehnts verstärkt in die Finanz- und Spekulationssphäre ausgewichen.

32. Die angehäuften Überkapazitäten sind die Folge der krisenhaften Tendenzen, die aus den inneren Widersprüchen des Kapitalismus resultieren. Der Aufbau von Überkapazitäten ging Hand in Hand mit einer deutlichen Verlangsamung der Produktivitätssteigerungen. Prozesse, die einen Profit- und Investitionseinbruch herbeiführten. In den USA schwächte sich die Steigerung der Produktivität von 3,3 Prozent im Jahr 2000 auf 1,9 Prozent 2001 ab. Trotz der Entwicklung von Mikrochips, Internet und anderen technologischen Neuerungen kann von einer sprunghaft erhöhten Produktivität keine Rede sein. Der Trend der letzten Jahre liegt im Schnitt bei zwei Prozent. Das ist zwar eine höhere Produktivitätssteigerung als die 1,1 Prozent zwischen 1970-80 (in erster Linie auf die Superausbeutung der Arbeiterklasse in den neunziger Jahren zurückzuführen), allerdings immer noch nachhaltig niedriger als im Nachkriegsaufschwung 1950-73 (mit Produktivitätssteigerungen von durchschnittlich 3,3 Prozent). Unternehmensprofite und Kapitalinvestitionen stagnieren heute. Nachdem die Profite seit Anfang 2001 in den USA Quartal für Quartal schrumpften, erholten sie sich im zweiten Quartal 2002 zum ersten Mal, allerdings blieb das Plus unter ein Prozent. Die US-Investitionen waren sechs Quartale in Folge rückläufig.

33. Ein Abbau der Überkapazitäten in größerem Umfang hat bis heute nicht stattgefunden. Solange die Kapazitäten nicht drastisch reduziert werden, solange nicht in großem Stil Kapital vernichtet wird, solange keine umfassende Zerstörung von Produktivkräften stattgefunden hat, solange fehlt auf kapitalistischer Grundlage die Basis für einen neuen Aufschwungszyklus.

34. Nach der leichten Erholung der US-Wirtschaft droht ein abermaliges Abgleiten in die Rezession, ein so genanntes „double dip“. Die klassischen Voraussetzungen dafür sind gegeben: Erstens steht dem kurzzeitigen Produktionsanstieg keine entsprechend gestiegene kaufkräftige Nachfrage gegenüber. Zweitens sind die anderen Krisenfaktoren (Überkapazitäten, Profit- und Investitionseinbruch, Rekordverschuldung etc.) nicht überwunden.

Nach elf Zinssenkungen im Jahr 2001 in Folge ist der Zinssatz der US-amerikanischen Notenbank auf einem 41-Jahre-Tief. Mit einer Erhöhung der Ausgabenposten in Rüstung und Luftfahrt um mehr als 100 Milliarden US-Dollar jährlich zwischen 2000 und 2002 ist - zum größten Teil nach dem Einsturz des World Trade Center - ein gigantischer Rüstungskeynesianismus betrieben worden.

Ein Blick nach Japan genügt um zu erkennen, dass Zinssenkungen und Konjunkturprogramme nicht mehr als ein Strohfeuer auslösen, solange die Makrodaten negativ bleiben. Ein Rabattkrieg auf dem Pkw-Markt führt nur zu vorgezogenen Käufen, aber nicht zu einer Verstetigung von Käufen, solange die zusätzlich geschaffenen Werte auf eine relativ sinkende kaufkräftige Massennachfrage stößt.

Weltweit setzte die Bourgeoisie nach der Weltwirtschaftskrise 1974/75 darauf, die sinkenden Profitraten mittels Sozialdumping, verschlechterten Arbeitsbedingungen und der Plünderung öffentlichen Eigentums zu überwinden. Diese eingeschlagene bürgerliche Politik des Neoliberalismus rächt sich jetzt und belegt einmal mehr, dass, ganz gleich welche bürgerliche Wirtschaftspolitik in kapitalistischen Krisenzeiten betrieben wird, die grundlegenden Probleme nicht gelöst werden können. Wie der bürgerliche Ökonom John Maynard Keynes sagte: „Auf lange Sicht sind wir alle tot.“ Während die Profitraten kurzfristig wieder verbessert wurden, explodierten die Schulden der privaten und öffentlichen Haushalte. Bei der Verschuldung der privaten Haushalte sind die USA heute Spitzenreiter im OECD-Maßstab mit 108 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Nach dem Zweiten Weltkrieg hatten die privaten Schulden ein Drittel des BIP ausgemacht. In Britannien liegen die privaten Schulden aktuell bei 80 Prozent, in Deutschland bei 74 Prozent des BIP.

35. Am Ende des jüngsten Wirtschaftsaufschwungs erinnerten die USA an Atlas aus der griechischen Sage, die so wie Atlas das Himmelsgewölbe stützte, den Weltwirtschaftsaufschwung beinahe allein zu tragen schienen. Mit einer jährlichen Wirtschaftsleistung von zehn Billionen US-Dollar bringen die USA ein Drittel des weltweiten Sozialproduktes auf. In der letzten Phase des Aufschwungs entfielen zwei Drittel des globalen Nachfragezuwachses auf die USA. Das Handels- und Leistungsbilanzdefizit der USA beläuft sich mittlerweile auf 400 Milliarden Dollar im Jahr. (Eine Leistungsbilanz ist die Gegenüberstellung der gesamten Exporte und der gesamten Importe eines Landes. Besteht ein Leistungsbilanzdefizit sind die Importe höher als die Exporte. Die Leistungsbilanz setzt sich zusammen aus der Handelsbilanz, der Dienstleistungsbilanz und der Bilanz der Zinsen/Gewinne und Dividenden. Der Warenhandel, also die Handelsbilanz, bildet den Hauptbestandteil der Leistungsbilanz).

Konfrontiert mit astronomisch hohen Schulden sind die USA auf Kapitalströme aus dem Ausland angewiesen. Mit dem Rekordtief bei den Zinssätzen und der Talfahrt an der Wall Street verlieren die USA für ausländische Kapitalanleger aber bedrohlich an Attraktivität. Damit ist ein weiterer Fall des US-Dollars, der seit Anfang des Jahres

bereits mehr als zehn Prozent seines Wertes eingebüßt hat, nur eine Frage der Zeit. Ein Absturz des Dollars hätte eine Exportkrise Deutschlands und der Europäischen Union zur Folge. Der im Vergleich zur US-Währung schon gestiegene Euro hat die Exportgüter im Verlauf dieses Jahres bereits verteuert.

36. So wie die USA in den neunziger Jahren ökonomisch das Maß aller Dinge waren, so war in den achtziger Jahren das japanische Modell gepriesen worden. Doch die US-Wirtschaft lebt am Beginn vom neuen Jahrzehnt auf Pump wie die japanische Wirtschaft am Beginn vom letzten Jahrzehnt. Japan hält den Vereinigten Staaten den Spiegel ihrer eigenen Zukunft vor. Nachdem die beispiellose Spekulationsblase Nippons vor zehn Jahren platzte, wurde Japan – trotz einer Serie von Zinssenkungen bis hin zur Nullzins-Politik und Konjunkturprogrammen von mehr als 1.000 Milliarden Dollar – von vier Rezessionen und einer bis heute anhaltenden Stagnation der Wirtschaft erschüttert.

Die Verschuldung der öffentlichen Kassen verdoppelte sich von 70 Prozent auf 140 Prozent des Bruttoinlandsproduktes. Die US-amerikanische Ratingagentur Moody's prognostiziert Japan heute den baldigen Staatsbankrott. Eine finanzpolitische Kehrtwende von Ministerpräsident Koizumi hin zu einem rigorosen Sparkurs scheint angesichts der schwelenden Zahlungsunfähigkeit der zweitgrößten Wirtschaftsnation zwar dringend geboten, hätte jedoch unkontrollierbare Folgen für die Weltkonjunktur. Der Versuch, die weitere Staatsverschuldung aufzuhalten, könnte zum Verkauf der US-Staatsanleihen führen, die sich im Besitz japanischer Eigner befinden. Da jede dritte US-Staatsanleihe in japanischen Händen ist, würde dieser Schritt die Schuldenkrise in den USA verschärfen und könnte sogar eine Staatskrise auslösen.

37. Mangels ausreichend profitabler Anlagemöglichkeiten in der Produktion wurde im vergangenen Jahrzehnt in bis dahin nie da gewesener Art und Weise Kapital auf den Weltfinanzmärkten angelegt und auf Spekulationsgeschäfte gesetzt. International erreichten die Börsen ihre Höchststände Anfang 2000. Seitdem geht es – mit zwischenzeitlichen Unterbrechungen – bergab. Damit geht die Talfahrt im Aktienhandel Hand in Hand mit dem Einbruch in der materiellen Produktion. Während der Dow Jones von 11.000 unter die 8.000 Punkte absackte, sank der deutsche Aktienindex Dax sogar von 8.000 auf unter 3.000 Punkte.

Trotz der Vernichtung von Aktienwerten in großem Stil sind die Börsen noch nicht auf ihrem Tiefpunkt angelangt. Laut dem Yale-Professor Robert J. Shiller (in seinem Buch „Irrationaler Überschlag – warum eine lange Baisse an der Börse unvermeidlich ist“, 2000) wurde unmittelbar vor dem Börsenkrach 1929 ein Kurs-Gewinn-Verhältnis (KGV) von 33 zu eins erreicht (die Werte lagen damit um das Dreiunddreißigfache über den Gewinnen der 500 wichtigsten US-Konzerne). Danach fiel das KGV auf fünf zu eins. Demgegenüber stürzte das KGV von seinem historischen Höchststand von 44 auf 30 zu eins ab, was immer noch dem Rekordstand von 1929 entspricht.

38. Im Sommer dieses Jahres veröffentlichte der Spiegel (28/2002) eine Titelgeschichte zum „neuen Raubtierkapitalismus“. Von bürgerlicher Seite sollen die eigentlichen Ursachen der kapitalistischen Krise kaschiert werden und die Schuld einigen Wenigen zugeschoben werden, die angeblich von einer grenzenlosen Gier und krimineller Energie geleitet werden.

Dieses Erklärungsmuster ist nicht neu. Auch US-Präsident Franklin D. Roosevelt bemühte in seiner Antrittsrede 1933 das biblische Bild von den „skrupellosen Geldwechslern“, die den „Tempel der Zivilisation“ entweiht hätten. Doch damals wie heute gibt es nicht nur ein paar faule Äpfel im Korb, sondern der ganze Korb ist von Fäulnis erfasst.

Bilanzfälschungen und Börsenbaisse haben heute besondere Dimensionen angenommen. Doch den widersprüchlichen Charakter von Kreditwesen und Spekulation hat bereits Karl Marx festgestellt: Zum einen „*Triebfeder der kapitalistischen Produktion*“, zum anderen Entwicklung „*zum reinsten und kolossalsten Spiel- und Schwindelsystem*.“

„*Wenn das Kreditwesen als Haupthebel der Überproduktion und Überspekulation im Handel erscheint, so nur, weil der Reproduktionsprozess, der seiner Natur nach elastisch ist, hier bis zur äußersten Grenze forciert wird, und zwar deshalb forciert wird, weil ein großer Teil des gesellschaftlichen Kapitals von den Nichteigentümern desselben angewandt wird, die daher ganz anders ins Zeug gehen als der ängstlich die Schranken seines Privatkapitals erwägende Eigentümer, soweit er selbst fungiert*“ (Das Kapital, Band 3, Kapitel 27).

Es ist kein Zufall, dass ausgerechnet in den letzten Monaten groß angelegte Bilanzfälschungen aufgefliegen sind. Wenn ein Boom zu Ende geht, wird versucht, sinkende Umsätze und Marktanteile, sinkende Gewinne und überbewertete Aktienwerte zu vertuschen und die verschlechterte Wettbewerbssituation zu verschleiern. Darum frisierete Bilanzen, darum exzessive Anwendung „kreativer Buchführung“, darum kaum verschleierter Betrug von Großunternehmen.

39. Der Verlauf der heutigen Wirtschaftskrise weist erstaunliche Parallelen zur Entwicklung der Krise von 1929 auf. Auch damals gab nicht nur den einen „schwarzen Freitag“. Nachdem die Aktienkurse an der Wall Street im Oktober 1929 um 48 Prozent abgestürzt waren, erholte sich die Börse bis zum Frühjahr 1930 wieder, um von einer weiteren Vertrauenskrise erschüttert zu werden, welche die Finanzmärkte und das Bankensystem mit in den Krisenstrudel riss.

Als die bürgerlichen Ökonomen dann 1931 einen neuen Boom prophezeiten, beschleunigte sich die Finanz- und Wirtschaftskrise, ließ die Aktien bis 1932 um 86 Prozent gegenüber ihrem Höchststand einbrechen und führte zum Zusammenbruch des Bankensystems und zur Zerstörung von Produktionsanlagen in einem Ausmaß, das in der Geschichte des Kapitalismus ohne Beispiel ist. Es sollte seinerzeit ein Vierteljahrhundert dauern, bis die Börsen sich von diesem Absturz erholten.

40. Die heutige Weltwirtschaftskrise hat bereits dramatische Ausmaße. Der Aktienverfall der 500 bedeutendsten Konzerne an der Wall Street in diesem Frühsommer in einem Neun-Wochen-Zeitraum war der größte seit 28 Jahren. Anders als in der Krise vor zehn Jahren sind mit den USA, der EU und Japan alle drei Wirtschaftszentren von einer synchronen Krise erfasst.

Auf Grund der Anarchie des Marktes ist es unmöglich, den Verlauf einer kapitalistischen Krise präzise vorherzusagen. Das Krisenpotenzial und die Bremsklötze der Weltwirtschaft schließen jedoch eine rasche Erholung aus. Möglich ist eine tiefe Rezession in den USA und dem Rest der Welt.

41. In einer Rede auf dem III. Kongress der Kommunistischen Internationale verglich Trotzki einmal die Auf- und Abschwünge im Kapitalismus mit dem „Herzschlagen bei dem lebenden Menschen. Das Herzschlagen beweist nur, dass er lebt.“ Und weiter: „Aber wie bei einem sterbenden Menschen das Ein- und Ausatmen anders ist als bei einem sich aufwärts entwickelnden Individuum, so auch hier.“ Die kapitalistische Wirtschaft ist in keinem guten Zustand. Seit Mitte der siebziger Jahre, seit der ersten Weltwirtschaftskrise seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs, ist der Kapitalismus unfähig, die Produktivkräfte substanziell weiter zu entwickeln und befindet sich in einer Ära von Stagnation und Depression.

Ob Wachstumszahlen, Beschäftigungsentwicklung oder Produktivitätssteigerungen – in keinem Bereich kann das marktwirtschaftliche System heute vergleichbare Ergebnisse vorweisen wie im Nachkriegsaufschwung 1950-73.

Die Bourgeoisie konnte im Zuge des Neoliberalismus in den achtziger und neunziger Jahren – über verstärkte Ausbeutung – in vielen Branchen zwar Extraprofite erzielen, untergrub aber die kaufkräftige Nachfrage weiter.

Mehrmals verkündigten die Kapitalisten großmäulig neue Wirtschaftswunder: Erst mit den „Tigerstaaten“ in Südostasien, dann mit dem Aufbau Ost in den ehemaligen stalinistischen Staaten, schließlich mit Hilfe neuer Technologien. Jedesmal scheiterte der Kapitalismus kläglich – mit fatalen Folgen für die Arbeiterklasse.

42. Die Weltwirtschaftskrise wird von Handelskonflikten und Handelskriegen begleitet sein. Diese Entwicklungen werden die Prozesse von Globalisierung und Neoliberalismus abschwächen und teilweise umkehren.

Unter der Überschrift „Das Tempo der Globalisierung wird langsamer“ veröffentlichte die Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 18. September 2002 neue Zahlen zur Internationalisierung von Produktion und Handel und dem Grad der weltweiten Arbeitsteilung. Die ausländischen Direktinvestitionen, bisher eine Triebfeder der Globalisierung, haben sich im Jahr 2001 mit 735 Milliarden Dollar im Vergleich zum Vorjahr halbiert. Das ist der größte Rückgang seit drei Jahrzehnten (UN-Konferenz für Handel und Entwicklung). Die Kehrtwende schlägt sich auch bei den Fusionen und Firmenübernahmen nieder, die in der letzten Phase das Bild prägten. Im Jahr 2001

ist die Zahl der Fusionen weltweit um 26 Prozent zurückgegangen. Der Wert der Transaktionen ist um 30 Prozent im Vergleich zum Vorjahr gesunken. Der Charakter der Fusionen hatte sich schon in den letzten Jahren geändert. Vermehrt werden angeschlagene Konzerne aufgekauft, ausgeschlachtet und weniger profitable Teile wieder abgestoßen.

43. Neoliberalismus und Freihandelsideologie dominierten die Wirtschaftspolitik der Bourgeoisie seit dem Beginn der Ära vom US-amerikanischen Präsident Ronald Reagan und der britischen Premierministerin Margaret Thatcher vor zwanzig Jahren. Ausgerechnet die Vorreiter des Liberalismus, die herrschende Klasse in den USA, haben nach dem 11. September eine Kehrtwende vollzogen und mit ihrem „militärpolitischen Keynesianismus“ in Höhe von 150 Milliarden Dollar 2002/2003 auf staatlichen Interventionismus gesetzt.

Japan hatte sich vor zehn Jahren ebenso wenig an die eigene Propaganda gehalten, sondern in den neunziger Jahren ein Konjunkturpaket nach dem anderen geschnürt. Nicht nur in Japan und den USA, auch im Fall von Sabena in Belgien zum Beispiel wurde mit Hilfe von Finanzspritzen versucht, die angeschlagene Luftfahrtindustrie aufzupäppeln. Sprachrohre bürgerlicher Wirtschaftsinteressen kommentierten in den Überschriften auf ihren Meinungsseiten am 5. Oktober 2001: „Sie sind alle Keynesianer“ (Financial Times) sowie „Und Keynes lächelt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung). Konfrontiert mit weiteren Hiobsbotschaften im Zuge des Wirtschaftsabschwungs sahen sich seither weitere Regierungen zu staatlichen Interventionen gezwungen. Die konservative Ministerriege unter Präsident Chirac in Frankreich denkt laut über eine Rückverstaatlichung der mit 70 Milliarden Euro in der Kreide stehenden France Telekom nach.

Handelskonflikte werden in Handelskriege münden. Vorläufer dieser Entwicklung könnten die durch die USA verhängten 30-prozentigen Strafzölle auf Stahlimporte und die neuen staatlichen Subventionen für die Agrarlobby in Höhe von 173,5 Milliarden Dollar für die nächsten zehn Jahre sein. Diese Maßnahmen stehen im offenen Widerspruch zu allen Liberalisierungsabkommen des Welthandels, die 1994 mit der Uruguay-Runde eingeläutet worden waren.

44. Während sich das Klima weiter erwärmt, kühlen sich die Beziehungen von Konzernen und Nationalstaaten im Zuge der Weltwirtschaftskrise ab. Haupttrend in der letzten Phase war die Bildung und der Ausbau von Handelsblöcken in Nordamerika, Asien und Europa. Die zunehmenden Spannungen und Konflikte werden im Verlauf der Krise in erster Linie zwischen den Blöcken ausgetragen werden. Ein Auseinanderbrechen der Blöcke ist nicht die wahrscheinlichste Perspektive.

Allerdings nehmen die Spannungen nicht nur zwischen den Handelsblöcken, sondern auch innerhalb der Blöcke zu. Ein kleiner Vorgeschmack darauf ist der Streit zwischen den USA und Kanada in der Bauholzbranche im Rahmen der NAFTA.

45. Ein Hinweis auf kommende Auseinandersetzungen innerhalb der Europäischen Union sind die auseinandergelassenen Interessen bei der Zinspolitik der EU. Die Einführung des Euro war nur durch die Verlängerung des Konjunkturaufschwungs der neunziger Jahre möglich. Mit der wirtschaftlichen Entwicklung in Europa entscheidet sich das Schicksal des Euro. Zwar können die europäischen Herrschenden am Euro festhalten, solange sich die Euro-Zone noch nicht in einer tiefen Wirtschaftskrise befindet. In einer solchen Krise wird eine gemeinsame Wirtschafts- und Finanzpolitik führender kapitalistischer Staaten – darunter ökonomische Schwergewichte wie Deutschland, Frankreich und Italien – nicht aufrecht zu erhalten sein.

46. Der Fortbestand der Nationalstaaten, auf den die nationalen Kapitalistenklassen – zur Verteidigung ihrer ökonomischen und politischen Interessen nach innen und außen – nicht verzichten können, birgt enormen Sprengstoff für eine gemeinsame Währungs-, Zins- und Haushaltspolitik.

Die Auseinandersetzungen zwischen den Euro-Staaten werden sich durch die Wirtschaftskrise und zunehmende Klassenkämpfe verschärfen. Durch Klassenkämpfe werden die herrschenden Klassen gezwungen, Zugeständnisse zu machen. Doch die Herrschenden eines europäischen Staates wollen nicht für die Zugeständnisse der Herrschenden eines anderen bezahlen. Unter diesen Bedingungen – einer tiefen Wirtschaftskrise und heftigen Klassenkämpfen – wird der Euro, wie er heute besteht, auseinanderbrechen. Möglich ist dann, dass einzelne Länder aus der Europäischen Währungsunion aussteigen. Es ist auch nicht ausgeschlossen, dass Deutschland mit den Ländern, deren Währungen fest mit der früheren D-Mark verbunden waren (Benelux-Staaten, Österreich) einen „kleinen Euro“ einführt oder einen festen Währungsverbund bildet.

Dies wäre ein Prestigeverlust für die europäischen Herrschenden. Deshalb werden sie versuchen, so lange wie möglich am Euro in seiner heutigen Form festzuhalten.

47. Die europäischen Kapitalisten haben die Einführung des Euro genutzt, um durch Preissteigerungen Extra-Profite zu machen. Dies hat die Ablehnung der arbeitenden Bevölkerung gegenüber dem Euro verstärkt. So unterstützten Millionen im September einen Boykott gegen den Euro. In den Niederlanden waren es bei einer Umfrage 98 Prozent, die sich den Gulden zurück wünschten. Auch in Frankreich und in anderen Ländern der Euro-Zone ist die Ablehnung groß.

Die Einführung des Euro hat die Ablehnung unter weiten Teilen der europäischen Arbeiterklasse gegenüber einem undemokratischen, kapitalistischen Europa wachsen lassen. Entscheidend für die Entwicklung des Euro und der Europäischen Währungsunion wird nicht zuletzt sein, wie sich diese Ablehnung gegenüber einer EU „von oben“ und die Wut gegenüber dem „Teuro“ in europäischen Klassenkämpfen niederschlägt.

Deutsche Wirtschaft: Wegbrechen der Konjunkturstützen

48. Die Talfahrt der US-Wirtschaft und der Weltwirtschaft wird nicht aufzuhalten sein, da weder Japan noch die Europäische Union – die beiden anderen ökonomischen Schwergewichte – als Stabilitätsanker wirken.

Die Euro-Zone stagniert seit knapp zwei Jahren. Der Krisenverlauf in Westeuropa und Deutschland ist ein Abbild der US-Krise. Auch in der EU sorgte der Profit- und Konkurrenzmechanismus für eine ungeheure Anhäufung von Kapitalmassen auf der Jagd nach gewinnbringenden Anlagemöglichkeiten, mit denen das Wachstum der Märkte nicht Schritt halten konnte. Auch in Frankfurt, London und Paris blähten sich die Börsenmärkte beim Streben nach Renditen auf.

49. Mit dem schwächsten Wachstum ist die deutsche Wirtschaft Schlusslicht innerhalb der Euro-Zone. Im kommenden Jahr soll das Wachstum des deutschen Bruttoinlandsprodukts zum vierten Mal in Folge hinter den anderen Euro-Staaten zurückbleiben.

Da sich auf Grund von mangelnder Kapazitätsauslastung die Profitaussichten eintrübten, machten die deutschen Konzerne eine Notbremsung und strichen ihre Investitionspläne zusammen. Seit Ende 2000 schrumpften die Investitionen in Deutschland. Innerhalb der letzten sieben Quartale wurde laut dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) eine Abnahme von saisonbereinigt 15 Prozent verzeichnet. Die Ausrüstungsinvestitionen gingen allein im letzten Jahr um sechs Prozent zurück. Die Gewinne der 30 im Dax notierten Firmen waren im ersten Halbjahr 2001 um 30 Prozent niedriger als im Vorjahreszeitraum, im dritten Quartal sogar um 70 Prozent. Im zweiten Halbjahr 2001 steckte die BRD-Wirtschaft in der Rezession.

50. 2002 gewann die deutsche Wirtschaft nicht wieder an Fahrt, sondern tritt auf der Stelle. In der größten industriellen Branche, dem Maschinen- und Anlagenbau mit 900.000 Beschäftigten, setzte sich der Produktionsrückgang fast kontinuierlich fort. „Auch die Elektroindustrie (mit 850.000 Beschäftigten) musste bluten. Beim Branchenprimus Siemens steht bei den Auftragseingängen ein Minus von fünf Prozent in den Büchern.“ Das ergab eine Analyse des Handelsblatts der Unternehmen des Dax 100 über die Ordereingänge im ersten Halbjahr 2002.

Die Bauwirtschaft mit mehr als einer Million Lohnabhängigen ist schon vor Jahren „in eine der schwersten Krisen der Nachkriegszeit geschlittert. (...) Für die Analysten von Merrill Lynch ist die Sache klar: Überkapazitäten auf der Angebotsseite steht eine schwache Nachfrage gegenüber“ (Handelsblatt vom 4. September 2002). Nach der Sonderkonjunktur im Zuge der kapitalistischen Restauration Ostdeutschlands trifft der öffentliche und private Schuldenberg die Branche. Die Flutkatastrophe im Sommer wird keinen neuen Bauboom auslösen, da Aufträge augenscheinlich nur umgeschichtet werden.

51. Die deutsche Autoindustrie mit ihren 750.000 Beschäftigten konnte trotz sinkender Neuzulassungszahlen auf dem Inlandsmarkt in den letzten zwei Jahren im Exportgeschäft weiterhin Gewinne machen. Mehr als die Hälfte des Umsatzes wird inzwischen im Ausland erwirtschaftet. „Wir sind der Leuchtturm für den Standort Deutschland“, frohlockt der Verband der Autoindustrie (VDA). Doch auch die deutschen Autobauer werden von der internationalen Rezession nicht verschont bleiben. Die US-Töchter Opel und Ford wurden in den vergangenen Jahren schon schwer gebeutelt. Auf Europas Automarkt kommt es im Jahr 2002 das dritte Jahr in Folge zu einem Rückgang der Verkaufszahlen. Fiat und Opel sind von der Krise der Überkapazitäten gegenwärtig besonders betroffen. „Es gibt zu viele Autofabriken in Europa.“ Trotz der Überkapazitäten „entstehen neue Werke, weil die Hersteller in allen Segmenten vertreten sein wollen. Vor allem in der Oberklasse, wo das meiste Geld verdient wird. (...) Da kündigt sich ein Verdrängungswettbewerb an, den nicht alle überleben werden“ (Der Tagesspiegel vom 12. August 2001). Erwartet wird ein Hauen und Stechen, bei dem am Schluss möglicherweise nur sechs von den weltweit noch elf verbliebenen Automultis übrig bleiben.

Zur Krise nicht ausgelasteter Kapazitäten kommt die Gefahr explodierender Ölpreise auf Grund der Instabilität im Nahen Osten und den Kriegsplänen der Bush-Regierung.

52. Die drohende Insolvenz von Mobilcom mit 5.500 Beschäftigten wirft ein Licht darauf, dass es mit den neuen Technologien als „Jungbrunnen“ der Weltwirtschaft nicht weit her ist. Der kaufkräftige Markt im Telekommunikationssektor ist gesättigt, nachdem in Deutschland im Jahr 2000 30 Millionen, im Jahr 2001 knapp 20 Millionen Mobiltelefone abgesetzt wurden. Von der Jobkrise ist keineswegs nur gering qualifizierte Arbeit betroffen, sondern auch Hightech-Arbeitsplätze wie bei Siemens mit 30.000, bei den Siemens-Töchtern mit 6.000 und bei IBM mit 15.000.

53. In der Bundesrepublik hat sich bislang in jeder Rezession die Arbeitslosigkeit verdoppelt: Von 400.000 auf eine Million 1973/74, von einer Million auf zwei Millionen 1980-82, von zwei Millionen auf vier Millionen 1992-94. Nach dem Konjunkturaufschwung der letzten Jahre betrug die Zahl der Arbeitslosen im Sommer 2002 nach vier Jahren Schröder-Regierung, (die sich am Abbau der Arbeitslosigkeit messen lassen wollte), nach wie vor offiziell vier Millionen.

Arbeitsplatzvernichtung im großen Stil steht bereits am Beginn der neuen Wirtschaftskrise an. Alcatel will 23.000 der noch verbliebenen 83.000 Stellen streichen. Die Deutsche Bank will trotz Gewinnen in den letzten Jahren 14.000 der 85.000 MitarbeiterInnen bis Frühjahr 2003 vor die Tür setzen. Die Telekom AG will nach dem Wegfall von 100.000 Jobs seit Mitte der neunziger Jahre von den heute noch 250.000 Arbeitsplätzen bis 2005 weitere 50.000 Arbeitsplätze vernichten.

Der erwartete Pleitenrekord von mehr als 40.000 betroffenen Betrieben in diesem Jahr soll allein mindestens 650.000 Jobs kosten. Unter den Bankrottmeldungen sind auch

schon Großunternehmen wie Kirch Media, Herlitz, Fairchild Dornier, Sachsenring, Cargolifter und Babcock.

54. Im letzten Jahr brach neben dem Investitionssektor auch die zweite Säule, die abgesehen von der Exportbranche den Konjunkturaufschwung gestützt hatte, ein: der Konsum. Die privaten Konsumausgaben sind seit dem dritten Quartal 2001 rückläufig. Auch in Deutschland hat die Politik des Neoliberalismus den Einbruch der Massennachfrage noch verstärkt. Während sich die Nettogewinne in den letzten zwanzig Jahren verdoppelten, stagnierten die Nettolöhne im gleichen Zeitraum. Umverteilung, Massenarbeitslosigkeit, Auswirkungen der Pleitewelle (bei Holzmann und Fairchild-Dornier mussten Betriebsrentner ein halbes Jahr auf ihr Geld warten), Teuro und die Kursentwicklung auf dem Frankfurter Parkett ließen die Verschuldung der privaten Haushalte drastisch steigen (knapp drei Millionen Haushalte gelten sogar als überschuldet und zahlungsunfähig).

Obwohl der Aktienbesitz noch eine geringere Rolle als in den USA spielt, hat sich die Börsenbaisse zusätzlich negativ auf den Konsum ausgewirkt. Mit einem Verlust von mehr als sechzig Prozent seit seinem Höchststand im März 2000 stellt die Börsenbaisse des Dax sogar den Sturzflug der anderen Aktienmärkte noch in den Schatten.

55. „So groß die Unsicherheit über die Konjunktorentwicklung ist, fest steht, dass Deutschland wieder einmal am Tropf der Außenwirtschaft hängt“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. August 2002). Mit einem Anteil an den weltweiten Ausfuhren von knapp zehn Prozent liegt Deutschland hinter den Vereinigten Staaten auf dem zweiten Platz. Ein Drittel der deutschen Wirtschaft ist vom Export abhängig. Obwohl nicht mehr als jedes zehnte EU-Exportgut in die USA geht, ist vor allem die Bundesrepublik alles andere als immun gegenüber einer Nachfrageschwäche in Nordamerika. Grund sind die konjunkturdämpfenden Effekte auf Drittländermärkte. Geschätzt wird, dass ein Rückgang der US-Wachstums um einen Prozentpunkt zu einer Verminderung des deutschen Wachstums um 0,2 Prozent führt. An Bedeutung gewinnen die ausländischen Direktinvestitionen, Kapital- und Produktionsverflechtungen. Die Umsätze der EU-Töchterfirmen in den USA betragen inzwischen das Fünffache der Warenexporte.

Vor dem Hintergrund von Investitions- und Gewinnreduzierungen in der BRD, setzte das deutsche Kapital alle Hoffnung in den Export als Stabilitätsfaktor. Aber diese Konjunkturstütze droht angesichts des internationalen Krisenverlaufs und einem steigenden Eurokurs vollständig wegzubrechen. Im Sommer 2002 sprach DIW-Chef Klaus Zimmermann davon, dass es anstelle eines (konjunkturellen) Dauerbrandes nur ein Strohfeuer gegeben hätte.

56. Der „Aufbau Ost“ in den neunziger Jahren war in Wirklichkeit ein Abbruch Ost. Da sich der Kapitalismus seit dem Ende des Nachkriegsaufschwungs 1973/74 im Nie-

dergang befindet, waren die deutschen Unternehmer nicht in der Lage, die Produktionsanlagen in Ostdeutschland zu nutzen und die Produktivkräfte weiterzuentwickeln. Mit Hilfe staatlicher Subventionen in Milliardenhöhe kaufte das westdeutsche Kapital ostdeutsche Betriebe auf, schlachtete gewinnbringende Teile aus, stieß andere ab, räumte potenzielle Konkurrenz aus dem Weg und nutzte den Restbestand nur als verlängerte Werkbank und die Restbelegschaft als BilligarbeiterInnen.

Während die westdeutsche Wirtschaft letztes Jahr abschmierte, stürzte die ostdeutsche Wirtschaft nach einer kurzen Sonderkonjunktur bereits am Beginn der zweiten Hälfte der neunziger Jahre ab und stagniert seitdem. Die Arbeitslosenquote ist mit knapp zwanzig Prozent doppelt so hoch wie im Westen. Seit Einführung der Marktwirtschaft in der Ex-DDR kehrten 1,6 Millionen Menschen Ostdeutschland den Rücken.

57. Die Einbrüche bei den Börsen und die Krise der Realwirtschaft verstärken einander, ebenso die Krisen in den USA, Japan und Westeuropa. Angesichts überschuldeter Konzerne und Privathaushalte sind die Möglichkeiten zur Ankurbelung der Wirtschaft begrenzt. Hohe Staatsschulden (in der Bundesrepublik hat sich die Staatsverschuldung in den neunziger Jahren auf 1,1 Billionen Euro weit mehr als verdoppelt) und die Zwangsjacke des Stabilitäts- und Wachstumspakts im Euroraum lassen wenig Spielraum für Konjunkturprogramme in Ausmaßen wie in Japan (die dort auch nicht von Erfolg gekrönt waren).

58. Nachdem die Bundestagswahl mit Hängen und Würgen gewonnen wurde, ließ Finanzminister Eichel die Katze aus dem Sack: Deutschland wird in diesem Jahr die Defizit-Grenze von drei Prozent Neuverschuldung (gemessen am Bruttoinlandsprodukt) nach dem Maastrichter Euro-Vertrag nicht einhalten. Deutschland war es innerhalb der EU seinerzeit selber gewesen, auf die Drei-Prozent-Marke zu drängen, um die Stabilität der gemeinsamen Euro-Währung nicht zu gefährden. Neben Deutschland und Portugal droht auch in Italien und Frankreich das Überschreiten der Maastrichter Defizit-Grenze. Flugs kritisierte sogar EU-Kommissionspräsident Romano Prodi den Stabilitäts- und Wachstumspakt: "Ich weiß sehr wohl, dass der Stabilitätspakt dumm ist, genauso wie alle Entscheidungen, die starr sind." Damit wird die Maastricht-Vorgabe ausgeglichener Haushalte bis zum Jahr 2006 immer mehr in Frage gestellt.

Die Kapitalisten Deutschlands und Europas geraten in ein Dilemma, das wir bereits vor Jahren vorausgesehen hatten. Auf der einen Seite ständig neue Haushaltslöcher, eine Aufweichung der Maastricht-Kriterien und verschärfte Spannungen innerhalb der europäischen Staatengemeinschaft. Auf der anderen Seite in der Folge von steigenden Staatsschulden negative Signale an die Finanzmärkte, Vertrauensverluste in den Euro und damit einhergehend ein mögliches Untergraben der eigentlichen Ziele der Europäischen Währungsunion (Schaffung eines attraktiven Kapitalanlageplatzes und eine größere Unabhängigkeit vom US-Dollar und von der Wall Street).

Keine Schonfrist für Neuauflage von Rot-Grün

59. 1998 war der Erfolg für Rot-Grün bei den Bundestagswahlen nicht das Ergebnis überschwänglicher Begeisterung in SPD und Grüne, sondern resultierte aus dem starken Wunsch der Arbeiterklasse, Kanzler Kohl nach 16 Jahren Umverteilung von unten nach oben auf der Wahlebene endlich eine Niederlage beizubringen. Vier Jahre später gelang der Schröder-Regierung trotz der Fortsetzung neoliberaler Politik ihre denkbar knappe Wiederwahl nur deshalb, weil die Mehrheit von ArbeiterInnen und Jugendlichen die Neuauflage einer schwarz-gelben Koalition kurz vor Torschluss doch abwenden wollte.

„Dass die Sozialdemokraten nicht noch mehr Stimmen verloren haben, dürften sie der Irak-Frage verdanken. Das Problem eines Krieges erreichte kurz vor der Wahl ähnlich entscheidende Werte wie sonst nur das bis dahin dominierende Thema Arbeitslosigkeit“ (Handelsblatt vom 23. September 2002). Neben der Kriegsgefahr war die Flutkatastrophe „für die Ostdeutschen – viel stärker als im Westen – in den letzten Wochen vor der Wahl der Prüfstein, an dem das Verhalten der Politiker gemessen wurde“ (Frankfurter Allgemeine Zeitung am Tag nach der Wahl). Im Osten konnte die SPD vier Prozent zulegen.

Die Grünen, die sich noch vor einem Jahr nach den Berliner Abgeordnetenhauswahlen und der 17. Wahlniederlage in Folge in einem politischen Überlebenskampf wähnten, verbesserten sich am 22. September um knapp zwei Prozent auf 8,6 Prozent. Das war nur möglich, weil sie von den taktischen Überlegungen derjenigen profitierten, die sowohl eine Große Koalition als auch eine Regierungsbeteiligung der FDP vereiteln wollten. Sie bekamen auch die Stimmen derer, die die Regierungskoalition unterstützen wollten, um einen Wahlsieg des CSU-Chefs Stoiber zu verhindern, aber nicht bereit waren Schröder zu wählen. Außerdem profitierten sie vom „Möller-Faktor“ und einer in der Folge der Flutkatastrophe noch einmal erhöhten Sensibilisierung für das Thema Umweltschutz.

60. Nie zuvor gab es in einem Bundestagswahlkampf so große Schwankungen bei den Meinungsumfragen, nie zuvor war die Stimmung so wechselhaft. Der Verlauf des Wahlkampfes führte vor Augen, dass sich die deutsche Parteienlandschaft dem US-System annähert: ein auf Personen statt Programme zugeschnittenes Medienspektakel, im Mittelpunkt zwei große kapitalistische Parteien, direkt abhängig von Industrie und Sponsoren, von denen die eine etwas bessere Beziehungen zu den Gewerkschaften unterhält, und das Fehlen einer Arbeiterpartei. Diese Entwicklungen sind die tiefere Ursache für die weit verbreitete Entfremdung vom Establishment und dem dramatischen Rückgang von StammwählerInnen.

In welchem Maß die Bindung zur „eigenen“ Partei gelockert wurde, zeigten die Wahlergebnisse in den vier Jahren zwischen beiden Bundestagswahlen. Selten war eine neu gewählte Bundesregierung so schnell in eine Krise geschlittert wie Rot-Grün. Bei den

Kommunalwahlen in Nordrhein-Westfalen verlor die SPD 1999 13 Prozent der Stimmen gegenüber 1998. Selten saß eine Bundesregierung demgegenüber zur Halbzeit scheinbar so sicher im Sattel wie das Kabinett Schröder – da die eigene Krise überschattet wurde von den Korruptionsskandalen der CDU. Dann wiederum war eine Regierung selten so weit abgeschlagen wie Rot-Grün ein halbes Jahr vor ihrer Wiederwahl. Bei den Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt war die SPD im Frühjahr 2002 – nach zwei Legislaturperioden in der Regierung – von 36 auf 20 Prozent abgestürzt und kam bundesweit in den Umfragen nur noch auf 32 bis 34 Prozent.

Noch zu Beginn der heißen Wahlkampfphase zählte Forsa 25 bis 30 Prozent Unentschlossene, darunter überdurchschnittlich viele SPD-WählerInnen von 1998. Wählten vor vier Jahren noch 48 Prozent der ArbeiterInnen und 42 Prozent der Angestellten die Sozialdemokratie, büßte die ehemalige Arbeiterpartei SPD am 22. September gerade unter ArbeiterInnen fünf Prozent ein, unter gewerkschaftlich organisierten ArbeiterInnen sogar sieben Prozent.

61. 1998 war Rot-Grün nicht die Wunschregierung des deutschen Kapitals gewesen. Ein halbes Jahr lang bemühte das Gespann Schröder/Lafontaine damals den Spagat zwischen traditioneller sozialdemokratischer und offen neoliberaler Politik – bis der damalige Finanzminister Lafontaine „gegangen“ wurde. Lafontaine hatte öffentlich davon gesprochen, dass die SPD dachte, sie sei an der Macht, dabei wäre sie nur an der Regierung. Das englische Boulevardblatt The Sun nannte den damaligen Finanzminister den „gefährlichsten Mann Europas“.

Allerdings ist Lafontaine kein Linksreformist geschweige denn Sozialist, sondern verfolgte nur das Ziel, den Kapitalismus mit keynesianistischen Methoden besser managen zu können. Außerdem personifizierte er den Flügel der Parteispitze, der die traditionelle Basis bei der Stange halten wollte.

Nachdem der „Genosse der Bosse“, Schröder, Lafontaine abserviert hatte, beschleunigte sich das Tempo bei der Abarbeitung des Wunschzettels der Bourgeoisie: die erste Kriegsbeteiligung der Bundeswehr, ein Sparpaket, welches das unter Kohl noch übertraf, Privatisierungen, Steuerreform und Rentenreform. Bald fand das Unternehmerlager Gefallen an einer Regierung, die zum einen den aus Sicht des Kapitals am Ende der Ära Kohl beklagten „Reformstau“ auflöste und zum anderen zumindest vorübergehend größere Gegenwehr abwenden konnte.

Weil der Bourgeoisie die Zerschlagung des „Sozialstaates“ unter Schröder vor allem in der zweiten Hälfte der Legislaturperiode nicht schnell genug ging, hatten sie sich von Stoiber erhofft, bürgerliche Interessen offensiver zu vertreten und die Politik weiter nach rechts zu drücken. Am Wahlabend zeigten sie sich teils enttäuscht wie der Industriellenvorsitzende Rogowski, teils bemühten sie sich wie der Arbeitgebervorsitzende Hundt, dem Ergebnis etwas Gutes abzugewinnen. Arbeitgeberpräsident Hundt äußerte gegenüber dem Handelsblatt die Hoffnung, dass die SPD „leichter die Zustimmung zu den nötigen Reformen bekomme“. Das Handelsblatt selber baut auf die Grü-

nen als „Öko-FDP“, die kaum noch von Ökologie reden, aber eine zuverlässige wirtschaftsliberale Kraft geworden sind.

62. Die Hundts und Rogowskis verkündeten nach den Bundestagswahlen, dass die Unternehmerschaft nun von Rot-Grün das erzwingen will, was sie sich von einer Regierung der traditionellen bürgerlichen Parteien versprochen hatte. „Es geht also in der kommenden Legislaturperiode nicht um marginale Veränderungen, sondern um tiefgreifende Reformen“, fasste die Financial Times Deutschland in ihrem Leitartikel am 23. September den Forderungskatalog des Kapitals zusammen: „Das Hartz-Konzept sollte möglichst schnell umgesetzt werden (...) es bedarf einer Bildungspolitik, die stärker auf Wettbewerb setzt (...) geringere Arbeitskosten, weitere Steuersenkungen“, außerdem soll es im Gesundheitswesen „Einschnitte bei den Leistungen geben“.

In den Wochen nach der Bundestagswahl ist ein Trommelfeuer bürgerlicher Propaganda zu erwarten. Der Spiegel titelte bezeichnenderweise am Vortag des 22. September: „Die blockierte Republik – Was die nächste Regierung wirklich anpacken muss“. Mit den bisherigen Plänen der Hartz-Kommission gibt sich die Bourgeoisie nicht zufrieden. Sie wollen die Pläne als Steilvorlage nutzen, um den Niedriglohnsektor drastisch auszubauen und den Flächentarif weiter auszuhöhlen. In den nächsten Monaten drohen neue Privatisierungsmaßnahmen im Gesundheitswesen und eine harte Tarifrunde im öffentlichen Dienst, die bewusst hinter den Wahltermin gelegt worden war.

63. Nachdem Finanzminister Eichel eingestehen musste, dass Deutschland bereits in diesem Jahr die vom EU-Stabilitätspakt vorgeschriebene Drei-Prozent-Grenze beim Haushaltsdefizit überschreiten wird, wurde von Rot-Grün schon unmittelbar nach dem Wahltag ein erstes „Sparpaket“ geschnürt – noch bevor die neue Regierung vereidigt war. Obgleich der Anstieg der Schulden seine Ursache in Wirtschaftskrise und Unternehmenssteuersenkungen hat, sollen weit mehr als die Hälfte des „Sparpaketes“, das einen Gesamtumfang von knapp 13 Milliarden Euro hat, der Arbeiterklasse aufgebürdet werden. Neben dem Wegfall von Ausnahmeregelungen bei der Mehrwertsteuer, der Erhöhung der Sozialbeiträge und Einschnitten bei der Eigenheimzulage ist der größte Posten die Umsetzung der Hartz-Pläne bei den Arbeitslosen (Leistungskürzungen, Aufbau eines Niedriglohnsektors, Zwangsarbeit). Darüber hinaus sieht der neue Koalitionsvertrag im Gesundheitsbereich zusätzlich zu den längst geplanten Angriffen (Leistungseinschränkungen und höhere Eigenbeteiligung für PatientInnen) mehr Vertragsfreiheit zu Gunsten der Krankenkassen vor, welche diese im Wettbewerb von Krankenhäusern und Ärzten nutzen werden, auf Kosten der Gesundheitsfürsorge die billigsten herauszusuchen. Gleichzeitig wurden angekündigte Belastungen für die Unternehmen (Abbau von Steuervergünstigungen und Steuerpflicht bei Spekulationsgewinnen) von der Schröder-Regierung sofort wieder in Frage gestellt. „Rot-grüne Koalition rudert zurück“ (Handelsblatt-Überschrift vom 18. Oktober) – nachdem sie vom Kapital unter Druck gesetzt wurde.

Während die Bourgeoisie mit ihrer Forderung nach einer drastischen Senkung von Steuern und Sozialausgaben eine klaren Kurs fährt, hat bei der Ausarbeitung der rot-grünen Gesetzesvorlage Verzweiflung die Feder geführt. Angesichts der angestauten Wut in der arbeitenden Bevölkerung schreckt das Kabinett Schröder vor einem Frontalangriff zurück. Doch bei diesem "Sparpaket" wird es im Zuge von Rezessionsfolgen und weiteren Unternehmergeschenken nicht bleiben.

Schröder, Eichel und Co. haben sich mit ihren ersten Ankündigungen nach der Wahl als willfähige Diener des Kapitals bemüht: 1:1-Umsetzung der Hartz-Pläne, Ablösung von Arbeitsminister Riester und Wirtschaftsminister Müller durch den bisherigen NRW-Ministerpräsident Clement, Forderung nach einer Nullrunde im öffentlichen Dienst, Schröder-Rede auf dem SPD-Parteitag in Berlin am 20. Oktober, in der er erklärte, "dass wir diejenigen belasten müssen, die es nicht so dicke haben."

64. Noch viel weniger als bei der ersten Amtszeit der rot-grünen Bundesregierung gibt es unter ArbeiterInnen und Jugendlichen heute eine Aufbruchstimmung. Nach den Wahlen 1998 hatte die Schonfrist für Rot-Grün nur ein halbes Jahr gedauert. Demgegenüber gibt es heute gar keine Schonfrist.

Die letzte größere Welle von Klassenkämpfen, die 1996 in den Marsch auf Bonn und die Streiks von 100.000 MetallerInnen zur Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall und 1997 in die Blockadeaktionen der Bergarbeiter gipfelten, konnte damals seitens der Gewerkschaftsbürokratie mit der Orientierung auf einen Regierungswechsel abgewürgt werden. Eine neue verallgemeinerte Bewegung der Arbeiterklasse, deren erste Anfänge die Serie von Warnstreiks und Streiks in den Tarifrunden waren, könnte die Gewerkschaftsführung nicht auf die gleiche Art und Weise stoppen, da ArbeiterInnen und Jugendliche inzwischen die Erfahrung gemacht haben, dass auf den Regierungswechsel kein Politikwechsel folgte. Im Wahljahr 2002 kam es zu einer Reihe von tariflichen Kämpfen (Bau, Metall, Banken, Einzelhandel usw.) und zu einer großen Bewegung der Studierenden. Während in der letzten Studentenbewegung 1996/97 Erwartungen in ein Verbot von Studiengebühren bei einer kommenden rot-grünen Regierung existierten, richtete sich der Widerstand in diesem Jahr auch gegen Pläne SPD-geführter Regierungen in Nordrhein-Westfalen und Rheinland-Pfalz.

65. Es ist nicht auszuschließen, dass Rot-Grün schon in den nächsten Monaten in eine Regierungskrise schlittert. Mit der Tarifrunde im öffentlichen Dienst, den neuen Gesetzesvorhaben und der zu erwartenden Ankündigung weiterer Betriebsschließungen nach der jüngsten Insolvenzmeldung bei Mobilcom sind für Schröder und Fischer eine Reihe von Sprengsätzen gelegt. Aber auch in der Frage des Irakkrieges stehen sie von zwei Seiten unter Druck. Ein weiteres Lavieren könnte ihre Stellung innerhalb des imperialistischen Lagers schwächen. Gleichzeitig laufen sie Gefahr, die Antikriegsbewegung auf den Plan zu rufen, wenn sie vor der Bush-Administration ganz offen klein bei geben sollten.

66. In den nächsten Monaten und Jahren werden wir erleben, wie die Arbeiterklasse sich von der SPD als ihrer ehemaligen Partei weiter lösen wird. Allerdings wird dieser Prozess nicht frei von Widersprüchen sein.

Die SPD ist in den neunziger Jahren von einer bürgerlichen Arbeiterpartei, wie Lenin die Sozialdemokratie charakterisiert hatte, zu einer rein bürgerlichen Partei geworden. Der Klassencharakter einer politischen Formation wird von mehreren Kriterien bestimmt: Programm, Politik, Tradition, soziale Zusammensetzung, Anhänger- und Wählerschaft. Nicht nur in einem dieser Punkte, sondern in ihrer Kombination entspricht die SPD nicht mehr den Kriterien einer Arbeiterpartei. Die jüngsten Arbeitskämpfe und Jugendproteste machten deutlich, dass die SPD für die Linke und ArbeiterInnen, die sich im Kampf befinden, keinen Bezugspunkt mehr darstellt.

Dennoch hat die SPD auf Grund ihrer Geschichte immer noch eine gewisse Basis in der Arbeiterklasse. Darum kann es einer SPD-Regierung und dem rechten Gewerkschaftsapparat zumindest zeitweilig gelingen, ArbeiterInnen, die sich gegen Angriffe zur Wehr setzen wollen, die Hände zu binden. Denkbar sind in den nächsten Monaten Wiederbelebungsversuche vom Bündnis für Arbeit und Wettbewerbsfähigkeit.

Italien ist zum einen ein Beispiel dafür, wie mit der Sozialistischen Partei eine Arbeiterpartei mit bürgerlicher Führung unter Craxi zunächst mit wehenden Fahnen ins kapitalistische Lager überlief und dann völlig in der Bedeutungslosigkeit verschwand. Italien ist zum anderen aber auch ein Beispiel dafür, wie bei der ehemals kommunistischen CGIL, dem größten gewerkschaftlichen Dachverband Italiens, der Gewerkschaftsführer, Cofferati, enorme Autorität gewinnen kann und – falls er Kandidat der verbürgerlichten Linksdemokraten werden sollte – in der Lage sein könnte, die nächsten Wahlen zu gewinnen. Allerdings ist es auch nicht auszuschließen, dass Cofferati bei der fortschreitenden Radikalisierung der italienischen Arbeiterbewegung in Konflikt mit der Bewegung kommt und sich schnell diskreditiert.

Bei allen Unterschieden in der objektiven Lage (in Italien hat der Klassenkampf eine ganz andere Qualität erreicht als in Deutschland, außerdem befinden sich die Linksdemokraten im Gegensatz zur SPD im Augenblick in der Opposition) zeigt der Fall der italienischen Linksdemokraten, dass eine frühere Arbeiterpartei mangels Alternative zumindest für einen kurzen Zeitraum neue Hoffnungen wecken kann. Vorübergehend ist das sogar in Arbeitskämpfen möglich. Vorrangig wird das jedoch auf die Wahlebene zutreffen.

67. Entscheidend ist, dass es in den vier Jahren Schröder-Regierung zu keiner Polarisierung um die SPD und innerhalb der Mitgliedschaft kam – weder in der Frage der Kriegseinsätze, noch bei der Rentenreform oder den Hartz-Plänen.

Parteilinke und JungsozialistInnen sind bedeutungslos geworden. Auf dem Bundesparteitag im Frühsommer 2002 verteidigte der Juso-Vorsitzende Annen den Verzicht auf Kritik von links mit der Begründung, dass dieser Parteitag lediglich ein Wahlparteitag sei.

Die Mitgliederzahl ist in den neunziger Jahren von 943.000 Mitglieder 1991 auf 765.000 Mitglieder 1999 zurückgegangen. In Nordrhein-Westfalen, der einstigen "Herzkammer" der Sozialdemokratie, hat die SPD in den letzten zwanzig Jahren ein Drittel ihrer Mitglieder verloren. Im ersten halben Jahr nachdem Lafontaine in die Wüste geschickt wurde, verließen 30.000 die Partei. Unter den Neumitgliedern haben Yuppies und Karrieristen ein großes spezifisches Gewicht.

PDS auf dem Weg zur Regional- und Regierungspartei Ost

68. Das Debakel der PDS bei den Bundestagswahlen, die mit einem Verlust von 600.000 Stimmen bundesweit nur auf vier Prozent kam und gerade einmal zwei Direktmandate holte (nach dem Einzug in den Bundestag über Direktmandate 1994 und dem Gewinn von vier Mandaten 1998), bedeutet einen Rückschlag für die Linke und die Arbeiterbewegung. Allerdings scheiterte die PDS nicht mit linker Politik, sondern mit einem Anbiederungskurs an das bürgerliche Establishment.

Die PDS hat die Wahlen in Ostdeutschland verloren. 300.000 ehemalige PDS-WählerInnen – überwiegend im Osten – waren der Wahlurne am 22. September ferngeblieben. Das trug mit zum im Vergleich zu den alten Bundesländern stärkeren Rückgang der Wahlbeteiligung von 80 auf knapp 73 Prozent bei.

69. Verloren hat die PDS die Bundestagswahlen im Osten, nachdem sie acht Jahre lang eine SPD-geführte Regierung in Sachsen-Anhalt toleriert hatte, seit vier Jahren Teil der Regierungskoalition in Mecklenburg-Vorpommern ist, vor einem Jahr in der Bundeshauptstadt Senatorenposten besetzte und bis heute in etwa 200 Bürgermeister-sitze hält.

In Mecklenburg-Vorpommern wendeten sich bei den Landtagswahlen 100.000 WählerInnen von der PDS ab, die Partei büßte ein Drittel ihrer Stimmen ein und fiel von 24 auf 16 Prozent ab. Das Bundesland zwischen Schwerin und Usedom ist nach vier Jahren "rot-roter" Regierung weiterhin das Land mit der zweithöchsten Arbeitslosenquote, unter einer PDS-Sozialministerin wurde das Blindengeld eingefroren und das Landeserziehungsgeld für das dritte Lebensjahr des Kindes fast vollständig gestrichen.

In Berlin verlor die PDS gegenüber den Bundestagswahlen 1998 zwei Prozent, gegenüber den Abgeordnetenhauswahlen 2001 bei den Erststimmen im Ostteil der Stadt 15 Prozent (in Marzahn und Lichtenberg von mehr als 50 Prozent auf weniger als 40 Prozent), bei den Zweitstimmen sogar 20 Prozent. In Berlin hatte sich die "Partei des Demokratischen Sozialismus" damit hervorgetan, die schärfsten sozialen Einschnitte in der jüngeren Geschichte der Stadt mitzutragen.

Diese in Ostdeutschland betriebene Politik hatte eine Ausstrahlung auf den Westen und war der Hauptgrund dafür, dass die Partei hier auf niedrigem Niveau stagnierte.

Gregor Gysis Bonusmeilen-Affäre, die zu seinem Rücktritt als Berliner Wirtschafts-

senator führte, trug zusätzlich zur Abwendung von der PDS bei. Mit Gysis Verhalten wurde unterstrichen, dass auch die PDS sich den etablierten Parteien annähert und Spitzenfunktionäre in ihren Reihen hat, die ebenfalls Privilegien annehmen und von der Basis abgehoben sind.

Die Wahlergebnisse belegen, dass die Regierungsbeteiligung 1998 in Mecklenburg-Vorpommern und 2001 in Berlin qualitative Schritte in der Entwicklung - der Rechtsentwicklung - der PDS markieren. In den Kommunal- und Landesregierungen ist die reformistische PDS in Siebenmeilenstiefeln von Reformversprechen zu Konterreformen übergegangen. Die PDS müsse sich „breit in die Gesellschaft hineinbewegen“ und die „Tür zur Mitte weit öffnen“ (Zimmer auf dem Cottbuser Bundesparteitag 2000). Darunter verstand die Parteivorsitzende Zimmer Anerkennung im bürgerlichen Establishment. Gysi hatte vor der Neubildung des Berliner Senates die PDS gegenüber den Herrschenden mit dem Argument angepriesen, dass sie am ehesten in der Lage wäre, kommende Proteste zügeln zu können. Auch wenn die Pau, Claus und Bartsch sich selber bereits gern nach dem 22. September 2002 in den Regierungssesseln wiedergefunden hätten, versprachen sie im Bundestagswahlkampf, einer Neuauflage von Rot-Grün nicht im Wege stehen zu wollen.

Diese Anbiederung an die Sozialdemokratie, die sich unter anderem in dem Aufruf, PDS zu wählen, um Stoiber zu verhindern, und im Brief von Gregor Gysi und dem PDS-Europaabgeordneten Andre Brie an Oskar Lafontaine (in dem unter anderem eine „gemeinsame europäische Außen- und Sicherheitspolitik“ gefordert und „die Vorschläge der Hartz-Kommission durchaus differenziert“ gesehen wurden) ausdrückte, war ein weiterer Grund für die Niederlage der PDS. Ehemalige oder potenzielle PDS-WählerInnen haben das sozialdemokratische Original gewählt oder sind gleich ganz zu Hause geblieben. Auch haben viele – vor allem jüngere – WählerInnen lieber Rot-Grün statt PDS gewählt, um Stoiber zu verhindern.

70. Als einzige linke Opposition im Bundestag war die PDS auf bundesweiter Ebene bislang als einzige überregional relevante linke Partei wahrgenommen worden. Gysi, der gemeinsam mit Andre Brie kurz vor den Bundestagswahlen mit einem offenen Brief an Lafontaine an die Öffentlichkeit getreten war, hatte erklärt, er sehe schwarz für die PDS, falls sie am 22. September an der Fünf-Prozent-Hürde scheitere.

Die Westausdehnung der Partei wird damit endgültig fehlgeschlagen sein. Der PDS droht ein Fortbestehen als ostdeutsche Regional- und Regierungspartei. Gysi argumentiert, dass die PDS auf eine "emotionale Bindung" der Ostdeutschen mit der Partei setzen müsse: Regionalismus als Programm für die zukünftige PDS.

Trotz der Wahlschlappe ist die Parteiführung nicht bereit, die Regierungsbeteiligung in Frage zu stellen. Gysi verkündete am Wahlabend: "Die PDS ist immer gut beraten, zur Zusammenarbeit mit der SPD bereit zu bleiben." Der Berliner Landes- und Fraktionsvorsitzende, Stefan Liebich pflichtete ebenfalls bei: "Ich halte wenig davon, den Krieg mit der SPD auszuruhen. Wir wollen das Konsolidierungsprogramm durchset-

zen und müssen darauf achten, dass Rot-Rot nicht als reines Sparbündnis angesehen wird.“ Die Regierungsbeteiligung in zwei von sechs ostdeutschen Ländern wird in den nächsten Jahren die Politik der Partei bestimmen.

In den Tagen nach der Wahlpleite erklärte die Berliner PDS, nicht der Regierungspolitik den Rücken zukehren zu wollen, jedoch ihr soziales Profil zu erhöhen. Gefordert wurde von ihr die 35-Stunden-Woche – allerdings ohne vollen Lohnausgleich. Wenn die PDS nicht bereit ist, einen klaren Klassenstandpunkt einzunehmen und sich mit dem Kapital anzulegen, wird sie trotz aller sozialer Rhetorik immer wieder bei Kürzungspolitik landen. Weil sie keine programmatische Alternative zum Kapitalismus hat, wird die PDS-Führung weiterhin diesen Weg gehen.

Solange auf der Wahlebene keine relevante Kraft links von der PDS existiert, wird die PDS bei Wahlen wahrscheinlich nicht völlig einbrechen. Es ist sogar möglich, dass sie in einzelnen Fällen ihre Stimmergebnisse auch noch verbessern kann. Trotz aller Unterschiede bei der Vorgeschichte der Parteien spricht es Bände, dass die Linkspartei in Schweden bei den dortigen Wahlen eine Woche vor den Bundestagswahlen nach vier Jahren Unterstützung einer sozialdemokratisch geführten Regierung ebenfalls deutlich Federn lassen musste.

71. Der Parteitag der PDS in Gera war eine Niederlage für die Apparat-Rechte. Er markierte aber keine Linksverschiebung oder gar einen Wechsel hin zu kämpferischer und sozialistischer Politik. Wie die wiedergewählte Parteivorsitzende Zimmer selber sagte, waren die „sachlichen Differenzen überhaupt nicht tief.“ Der Zimmer-Flügel im PDS-Apparat konnte sich durchsetzen, weil er die Zukunft der PDS als eigenständige Partei betonte und sich durch eine etwas linkere Rhetorik auf Teile der Basis stützen konnte. Doch die Regierungsbeteiligungen in Mecklenburg-Vorpommern und Berlin werden von Zimmer und FreundInnen nicht einmal in Frage gestellt. Der neue Bundesgeschäftsführer Hiksich stellte sich in den ersten Tagen seiner Amtszeit demonstrativ hinter die Politik der Berliner PDS. Für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes in Berlin heißt das: auch der neue Parteivorstand wird im Kampf gegen die Angriffe des Senats nicht an ihrer Seite stehen.

Der existierende Unmut an der Basis ist zu schwach, zu unorganisiert und zu perspektiv- und programmlos, um das Ruder in der PDS herumreißen zu können. Innerparteilicher Widerstand in organisierter Form auf antikapitalistischer Grundlage und verbunden mit Kampagnenvorschlägen zur Beteiligung an außerparlamentarischem Widerstand ist nicht in Sicht.

Im Osten ist die PDS zwar eine Massenorganisation, hat jedoch seit Mitte der neunziger Jahre ein Drittel ihrer Mitglieder verloren, (die meisten sind nicht ausgetreten, sondern verstorben). Unter den gebliebenen 80.000 Parteigängern ist auch eine Mehrzahl im Rentenalter. Bei sozialen Protesten, Antikriegsdemonstrationen oder antifaschistischen Kundgebungen zeigt die PDS bis heute Präsenz, hat sich aber nicht über passive Unterstützung hinausgehende Initiativen hervorgerufen. Es ist möglich, dass die Partei-

führung nach der Wahlniederlage vorübergehend auf eine größere Beteiligung bei Demos und Protesten setzt. Da sie jedoch gleichzeitig mit einer verbürgerlichten SPD Regierungspolitik fortsetzen will, wird sie schnell in Konflikt mit DemonstrantInnen geraten, die Opfer „rot-roter“ Kürzungsvorhaben sind.

Darum wird die PDS nicht zum Kristallisationspunkt kommender Klassenkämpfe werden und nicht der Ausgangspunkt für eine gesamtdeutsche Massenpartei der Arbeiterklasse sein.

Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei – ein Prozess

72. Das Scheitern der PDS bei den Bundestagswahlen und weitere Enttäuschungen mit Rot-Grün in den nächsten Wochen und Monaten werfen die Notwendigkeit einer neuen Arbeiterpartei verstärkt auf. Es sind heute bedeutend weniger als noch vor einigen Monaten und Jahren, die Illusionen darin haben, dass Veränderungen in der PDS oder in der SPD der Schlüssel für eine gesamtdeutsche kämpferische linke Kraft sein könnten.

Trotzdem wird der Aufbau einer neuen Arbeiterpartei ein in die Länge gezogener Prozess sein. Voraussetzung für erste konkrete Schritte ist ein höheres Niveau von Klassenkämpfen. Ausgehend von Streikbewegungen und sozialen Protesten wird es verschiedene Ansätze auf lokaler und regionaler Ebene geben. Vor der Herausbildung bundesweiter Strukturen werden wahrscheinlich Wahlbündnisse in Stadtteilen und Kommunen entstehen. Gleichzeitig können internationale Entwicklungen eine Rolle bei der Entstehung einer neuen Arbeiterpartei spielen. Denkbar wäre, dass auf der Basis von grenzüberschreitenden Kämpfen gegen Privatisierung oder internationalen Bewegungen gegen Krieg oder Rassismus KandidatInnen bei Wahlen aufgestellt werden. Denkbar wäre auch, dass es zu einem internationalen Zusammenschluss kommt, der – bei allen Schwächen – programmatisch und organisatorisch weitergehend sein könnte als zum Beispiel Attac. Eine weitere Möglichkeit für die Entstehung einer neuen Arbeiterpartei in Deutschland wäre natürlich, wenn in irgendeinem anderen Land ein erfolgreiches Vorbild entstehen würde.

Da mit fortschreitender Krise die Offenheit gegenüber anderen Ideen weiter steigen wird, werden MarxistInnen die Chance haben, im konkreten Einzelfall einen gewichtigen Einfluss auf die politische Gestaltung zu nehmen.

Die tiefe Abneigung gegenüber den etablierten Parteien und die mangelnde Vorstellung einer politischen Alternative kann die ersten Ansätze kurzfristig hinauszögern. In den Kreisen von Attac und in der kleinbürgerlichen Linken ist eine allgemeine Skepsis gegenüber Parteien besonders verbreitet. Auf der anderen Seite findet die Idee einer neuen politischen Interessenvertretung auf Grund der Politik von SPD und Grünen, aber auch der PDS, mittlerweile größere Sympathie. Als der PDS-Europaabgeordnete Andre Brie in den Wochen vor dem 22. September ein gemeinsames Projekt von Lafontaine und Gysi in die Diskussion brachte, antworteten 40 Prozent bei einer Blitz-

umfrage von Spiegel-Online auf die Frage „Würden Sie einer neuen Linkspartei unter Führung unter Gregor Gysi und Oskar Lafontaine ihre Stimme geben?“ mit Zustimmung.

73. Auf Grund ihrer Geschichte wird die SPD ihrer proletarische Basis nicht über Nacht gänzlich verlieren. Mangels Alternativen kann eine - passive - Verbundenheit von Teilen der Arbeiterklasse über einen längeren Zeitraum fortbestehen. Auf der Wahlebene sind auch in Einzelfällen größere Zugewinne möglich. Die Gewerkschaftsbürokratie wird versuchen, die Orientierung auf die SPD weiter aufrecht zu erhalten. In diesem Bundestagswahlkampf buttertten sie erneut zwei Millionen Euro in eine Wahlkampagne für Rot-Grün.

Es ist jedoch nicht davon auszugehen, dass eine Massenspaltung in der SPD oder in der PDS die Basis für eine neue Arbeiterpartei sein wird, auch wenn kleinere Abspaltungen eine Rolle bei der Neuformierung der Arbeiterbewegung auf der politischen Ebene spielen könnten.

74. Die Herausbildung einer neuen Arbeiterpartei wird nicht geradlinig verlaufen. Einzelne Initiativen werden gar nicht erst abheben, andere werden sich als Fehlgeburten erweisen.

In den USA ist die im letzten Jahrzehnt ins Leben gerufene Labor Party daran gescheitert, dass Gewerkschaftsvertreter an der Spitze der Partei beharrlich die Beteiligung an Parlamentswahlen verweigerten und die Labor Party zu einem Anhängsel der bürgerlichen Demokraten degradierten. In Britannien verkomplizierten sich die Entwicklungen auf Grund der sektiererischen Politik von Arthur Scargills Socialist Labour Party und der Übernahme der Socialist Alliance durch die SWP. Diese Rückschläge ermöglichten es der Restlinken in Blair's Labour Party und einer Haßvoll linker Gewerkschaftsführer in diesem Sommer eine Konferenz zu organisieren, die sich mit der Frage beschäftigte, ob die Labour Party zurückerobert werden könnte. Und das zu einem Zeitpunkt, in der die Stimmung in der Gewerkschaftsbasis weit verbreitet ist, es mit der New Labour zum Bruch kommen zu lassen.

75. Beim Entstehen einer neuen Arbeiterpartei werden verschiedene reformistische Kräfte versuchen, Einfluss zu gewinnen. Möglich ist, dass sich ein Lafontaine zurückmeldet und vorübergehend auf großen Zuspruch stößt.

Möglich ist auch, dass einzelne bekannte Persönlichkeiten Initiativen in diese Richtung ergreifen. Auch wenn Gregor Gysi in seinem offenen Brief an Lafontaine nur eine Zusammenarbeit vorschlug, könnten Gysi oder andere zu einem späteren Zeitpunkt versuchen, den Aufbau einer neuen politischen Interessenvertretung zu vorzuziehen, um Proteststimmung politisch in geordnete Bahnen zu lenken.

In jedem Fall wäre es ein Fehler, die Rolle und Bedeutung einzelner Persönlichkeiten in solchen Prozessen außer acht zu lassen.

76. Die politische Zukunft einzelner Individuen ist völlig offen. Die Geschichte der Arbeiterbewegung ist reich an Beispielen einzelner Personen, die unter dem Druck der Ereignisse weiter nach links gehen als das lange Zeit abzusehen war. Tony Benn, der vor zwanzig Jahren als Vertreter der Parteilinken die Wahl zum Labour-Vorsitz in Britannien nur um Haaresbreite verpasste, stand in den sechziger Jahren noch auf dem rechten Flügel der Partei. Die Schlüsselfigur der 1974 während dem Sturz der Militärjunta in Griechenland gebildeten damals linksreformistisch und sogar zentristisch orientierten PASOK war der Politiker Andreas Papandreu, der aus der bürgerlich liberalen Zentrumsunion stammte.

77. Sollten die Anfänge einer neuen Arbeiterpartei breiter auf Resonanz stoßen, dann werden auch führende Vertreter der Gewerkschaftsbürokratie alles daran setzen, die Entwicklung unter Kontrolle zu bekommen. Solange wie möglich werden sie versuchen, die Arbeiterklasse weiter an die SPD zu binden. Wenn das nicht mehr erfolgreich sein sollte, werden sie sich bemühen, Einfluss in der neuen Formation zu gewinnen, um eine Sozialdemokratisierung der neuen Partei zu erreichen.

78. Die Mehrheit der Arbeiterklasse wird nicht direkt zum Marxismus stoßen. Die Existenz einer eigenen politischen Interessenvertretung mit Massenbasis wäre ein Fortschritt für die Arbeiterbewegung gegenüber der heutigen Situation – selbst wenn diese Partei noch kein klares sozialistisches Programm haben sollte. In diesem Sinn ist Marx' Aussage zu verstehen, dass jeder Schritt reale Bewegung wichtiger wäre als ein Dutzend Programme. Während Marx und Engels beim Aufbau der Arbeiterbewegung in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts für revolutionär-sozialistische Schlussfolgerungen kämpften, vertraten sie auch die Position, dass man dies nicht zur Bedingung für die Unterstützung und Mitarbeit bei der Gründung einer neuen Arbeiterpartei machen dürfte. „Der erste Schritt, worauf es in jedem neu in die Bewegung eingetretenen Land ankommt, ist immer die Konstituierung der Arbeiter als selbstständige politische Partei, einerlei wie, solange es nur eine distinkte Arbeiterpartei ist. (...) Dass das erste Programm dieser Partei noch konfus und äußerst mangelhaft, (...), das sind unvermeidliche Übelstände, aber nur vorübergehende. Die Massen müssen Zeit und Gelegenheit haben, sich zu entwickeln, und die Gelegenheit haben sie erst, sobald sie eine eigene Bewegung haben – einerlei in welcher Form, sobald es nur ihre eigene Bewegung ist -, in der sie durch ihre eigenen Fehler weitergetrieben werden, durch Schaden klug werden“ (Engels in einem Brief an Sorge 1886 über die Knights of Labor in den USA).

79. Als MarxistInnen würden wir unsere Beteiligung am Aufbau einer neuen Arbeiterpartei nicht von der Unterstützung für ein sozialistisches Programm abhängig machen. Allerdings ist es immer unsere Aufgabe, das politische Bewusstsein in der Arbeiterbewegung zu heben. Darum treten wir auf jeder Stufe der Bewegung für weitergehende

Forderungen ein und werden auch bei den ersten Ansätzen einer neuen politischen Organisierung von ArbeiterInnen und Jugendlichen sozialistische Ideen propagieren. In diesem Prozess werden wir uns auch mit reformistischen, linksreformistischen und zentristischen Strömungen auseinandersetzen müssen.

Schon in den letzten Jahren hat sich bei den ersten kleinen Schritten Richtung ArbeiterkandidatInnen die Bedeutung politischer Klarheit gezeigt. In Schweden haben beispielsweise Bergarbeiter in Kiruna auf der Grundlage eines Arbeitskampfes für den Stadtrat kandidiert und auf Anhieb die Mehrheit der Sitze bekommen. Allerdings sind sie von Anfang an in die Fußstapfen der Sozialdemokratie getreten, haben Sozialabbau mitverantwortet und stellen heute keinen Ansatzpunkt für eine Arbeiterpartei dar.

80. Die Verbreitung der Idee einer neuen Arbeiterpartei ist heute vor allem noch eine Propagandaufgabe. In den kommenden Kämpfen werden wir dort, wo wir politisch Einfluss nehmen können, für eine Weiterentwicklung des Programms eintreten und konkrete Vorschläge machen, den Protest auch auf die politische Bühne zu tragen. Sinn machen können Arbeiterlisten, Wahlbündnisse oder Kampagnen mit der Aufforderung an überregional bekannte linke AktivistInnen, Initiativen zu ergreifen. In jedem Fall ist bei unserem Vorgehen ist ein Höchstmaß an Flexibilität erforderlich. Gleichzeitig werden wir bei diesen Anstrengungen alles daran setzen, die Ideen des Marxismus zu verbreiten und unsere eigene Organisation aufzubauen. Denn ohne revolutionär-sozialistische Massenpartei wird die Arbeiterklasse nicht die Macht erobern können.

Stoiber, Möllemann und Schill gestoppt?

81. CDU und CSU verkauften das Abschneiden bei den Bundestagswahlen als einen Umschwung von der SPD zur Union, der angeblich nur auf Grund des Möllemann-Faktors nicht zum Kanzler- und Regierungswechsel reichte. Richtig ist, dass Möllemanns rechtspopulistisches Schielen (in seinem Amt als bisheriger FDP-Landesvorsitzender von Nordrhein-Westfalen) nach Österreich, Dänemark und den Niederlanden der FDP schadete. Falsch ist, dass die CDU am 22. September zu den Gewinnern gehörte. Gewinnen konnte nur die CSU mit ihren knapp sechzig Prozent in Bayern, die CDU stagnierte gegenüber 1998.

Stoiber gelang es, potenzielle Wähler rechtsextremer Kräfte zu binden. So fielen die rechtsextremen Parteien von zusammen 4,4 Prozent (Reps, DVU, NPD, Bund Freier Bürger und Pro-D-Mark) 1998 auf 1,8 Prozent (Reps, NPD und Schill) 2002 ab.

Das Handelsblatt vom 23. September übertreibt, wenn es behauptet, dass Stoiber mit dem Thema „Arbeit, Arbeit, Arbeit“ „den „Genossen der Bosse“ zum Erstaunen der Öffentlichkeit links überholt und sich bis zuletzt zum Advokaten des kleinen Mannes ausgerufen“ hätte, „der die Privilegien der Großkapitalisten und ihrer überbezahlten

Top-Manager geißelte und soziale Gerechtigkeit annahnte.“ Angetreten war Stoiber, dem früher ein Ruf als „Straußens blondes Fallbeil“ vorauselte, um die Politik nach rechts zu drücken. Doch schon im Wahlkampf bekam er zu spüren, dass die Mehrheit der Lohnabhängigen eine weitere Rechtsverschiebung nicht mitmachen will. Die Bourgeoisie, für die Stoiber der Mann sein sollte, mit dem sie ihren „Nachholbedarf“ im internationalen Vergleich bei den Angriffen auf die sozialen Sicherungssysteme angehen wollten, zeigte sich bald enttäuscht angesichts Stoibers Schlitterkurs im Wahlkampf.

82. Nach der Abwahl Kohls, der 16 Jahre im Kanzleramt saß, und mit dem Korruptionsskandal der CDU war die Partei in eine tiefe Krise gestürzt. Allerdings ging die Krise nicht so weit wie zum Beispiel bei den britischen Tories. Die Union ist heute an der Mehrzahl der Landesregierungen beteiligt und hat eine, wenn auch denkbar knappe Mehrheit im Bundesrat. Allerdings halfen ihr auch Wut und Unzufriedenheit gegenüber Rot-Grün. Als die große traditionelle bürgerliche Partei mit 600.000 Mitgliedern und einer gewissen Basis bei – eher rückständigeren - Teilen der Arbeiterklasse, gelingt es ihr im Zuge des kapitalistischen Niedergangs immer weniger, den Erwartungen bei diesen Schichten gerecht zu werden. Die CDU ist außerdem damit konfrontiert, dass die SPD durch ihren Rechtsruck auch Themen und Positionen der Konservativen übernommen hat.

Die Niederlage Merkels bei der Entscheidung über die Kanzlerkandidatur war auch ein Ausdruck der Schwäche der CDU. Darüber hinaus bedeutete sie auch einen Rückschlag für den „liberaleren“ Flügel der Partei. Die Nominierung Stoibers war ein Erfolg für diejenigen, die eine Profilierung nach Rechts anstrebten. Diese Profilierung stand allerdings nicht in allen Fragen im Einklang mit den Bedürfnissen des deutschen Kapitals. In erster Linie passte den Herrschenden Stoibers Opposition zum für sie ökonomisch wichtigen Zuwanderungsgesetz nicht. Stoiber sollte Unternehmerinteressen offensiv vertreten und Rot-Grün von rechts unter Druck setzen, wie das mit der Ausweitung des Niedriglohnsektors durch subventionierte „Kombilöhne“ für die Hundts und Rogowskis funktioniert hatte. Nach Stoibers Zickzackkurs im Bundestagswahlkampf und dem Scheitern der Regierungsablösung wird das Kapital nicht nur auf die FDP als die kleine Partei des großen Geldes setzen, sondern ebenfalls neue Anstrengungen unternehmen, mit Hilfe der Union als der großen bürgerlichen Oppositionsfraktion im Bundestag und der Mehrheit im Bundesrat den Druck von rechts auf die Schröder-Regierung zu erhöhen.

83. In den letzten Jahren hatten wir die Möglichkeit einer rechtspopulistischen Partei im Rahmen einer politischen Neuformierung in Deutschland betont. Wir haben darauf hingewiesen, dass Rechtsextreme von sozialem Kahlschlag, Massenarbeitslosigkeit, Verarmung, staatlicher Aufrüstung nach innen und außen, nationaler und rassistischer Propaganda, Spannungen innerhalb der Euro-Zone und gesellschaftlicher Polarisie-

rung profitieren könnten Erst recht, solange keine sichtbare Alternative auf der Linken und in der Arbeiterbewegung vorhanden ist.

Auf bundesweiter Ebene ist der Aufbau und die Stärkung einer solchen Kraft ausgeblieben. Das ist mit auf die Verlängerung des Konjunkturaufschwungs Ende der neunziger Jahre zurückzuführen. Allerdings konnte die Schill-Partei bei den Wahlen zur Hamburger Bürgerschaft im vergangenen Herbst mit dem Thema „Innere Sicherheit“ auf Anhieb knapp zwanzig Prozent der Stimmen gewinnen und Senatorenposten erobern. Das Abschneiden bei den Bundestagswahlen, bei denen Schill selbst in Hamburg unter der Fünf-Prozent-Marke blieb, zeigt allerdings auch, wie instabil solche Kräfte sein können.

Dennoch ist die Herausbildung einer bundesweiten rechtspopulistischen Partei nicht vom Tisch. Dieser Prozess würde sich wahrscheinlich um eine bestimmte Persönlichkeit herum vollziehen. Ein solcher Kandidat könnte auch ein Jürgen Möllemann sein, der sich im Wahlkampf mit antisemitischen Sprüchen hervortat, wenn es zum Bruch zwischen ihm und der FDP kommen sollte. Es sind jedoch verschiedene Entwicklungen, darunter auch Abspaltungen von CDU, CSU oder FDP, oder Zusammenschlüsse verschiedener rechtsextremer Kräfte, beim Neuformierungsprozess im bürgerlichen Lager denkbar.

84. In Österreich, Italien, Frankreich, Dänemark, in den Niederlanden und in einigen anderen Ländern Europas konnten in den letzten Monaten und Jahren die Rechtsextremen auf der Wahlebene Erfolge erzielen. Gründe dafür sind die kapitalistische Krise, der Entfremdungsprozess von den etablierten Parteien und das Fehlen eines starken linken Gegenpols. Zuallerst sind die Erfolge von Rechtspopulisten in Europa das Produkt der Erfahrungen mit sozialdemokratischen Regierungen in einem westeuropäischen Land nach dem anderen. Je mehr diese Kräfte an Bedeutung gewannen, desto mehr gingen sie auf Distanz zu faschistischen Elementen, versuchten sich ein rechtsstaatliches Image zu verpassen und rassistische Propaganda mit sozialer Demagogie zu verknüpfen.

85. In der zweiten Hälfte der neunziger Jahre hatten die Kräfte der Faschisten in Deutschland verstärkt versucht, „die Straße zu erobern“. Doch nach mehreren Demonstrationen von tausend und mehr TeilnehmerInnen kamen zu ihrem schlechten Abschneiden auf Wahlebene Probleme, die Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Den Neonazis gelang es nicht, ihren Aktivitätsgrad zu steigern oder auch nur aufrechtzuerhalten. Wie in Freiburg, als im September 2002 hundert Nazis 15.000 GegendemonstrantInnen gegenüberstanden, erlebten die deutschen Neonazis in der letzten Zeit eine Reihe von Pleiten.

Die Bourgeoisie hat heute kein Interesse an einer Stärkung der Faschisten, da sie kein Interesse an einer größeren politischen Destabilisierung hat und die für sie wichtige Zuwanderung von einer bestimmten Zahl ausländischer Fachkräfte und Computerspe-

zialisten nicht gefährdet werden soll. Das neue Zuwanderungsgesetz ist kein Ausdruck der Liberalisierung des Ausländerrechts. Während neben der Zuwanderung in hochqualifizierte Berufe auch die Zuwanderung in den Niedriglohnssektor gefördert wird, sind die Aufenthaltsgenehmigungen zweckgebunden. Ausreisezentren, beschleunigte Abschiebung und das de-facto-Verbot politischer Arbeit sind rassistische Angriffe auf alle ImmigrantInnen.

Durch die Aufdeckung der massiven Aktivität von Verfassungsschutz-Agenten in der NPD, vor allem in der Führungsebene, könnte das NPD-Verbotsverfahren scheitern. Das hat verschiedene Ursachen. Teile des bürgerlichen Staatsapparates, vor allem in den Repressionsorganen, haben kein Interesse an einem Verbot der NPD und konnten das Verbotsverfahren dank ihres Wissens um die Rolle der V-Leute sabotieren. Auch die Unfähigkeit und Inkonsequenz des bürgerlichen Staates, die Faschisten effektiv zu bekämpfen, wird am Fall NPD deutlich. Dank der Interessen unterschiedlicher Behörden und der Geheimhaltung von polizeilichen und geheimdienstlichen Aktionen fehlten den Beamten, die das NPD-Verbotsverfahren betreiben sollten, zentrale Informationen über die V-Leute. Dadurch wurde die Bundesregierung in eine peinliche Lage gebracht.

Am Beispiel der NPD lässt sich auch deutlich sehen, wie sehr staatliche Kräfte die Nazis für ihre Zwecke nutzen, sei es wie jetzt wohl überwiegend – um „die Szene unter Kontrolle zu halten“ – oder später, um eigene Provokationen oder Repressionsmaßnahmen vermittels der Faschisten zu organisieren. Ein Scheitern würde zwar den Interessen der jetzigen Bundesregierung entgegen laufen, wäre allerdings auch kein großes Problem für diese. Da das Thema aus der öffentlichen Diskussion nahezu verschwunden ist und die NPD nicht akut eine neue Welle rassistischer Gewalt vorantreiben oder massive antifaschistische Gegenwehr provozieren wird, ist das für die Regierung Schröder-Fischer zur Zeit eine zweit- bis drittrangige Peinlichkeit.

In den nächsten zwei, drei Jahren droht AntifaschistInnen, ImmigrantInnen und der Arbeiterbewegung nicht die Hauptgefahr durch eine stärkere Präsenz der Rechtsextremen auf der Straße, die mehr als früher ihre angebliche „Rechtsstaatlichkeit“ betonen (Schill gab seiner Partei bezeichnenderweise den Namen: Rechtsstaatliche Offensive). Kurz- und mittelfristig könnte vielmehr die Herausbildung einer rechtspopulistischen Partei mit bundesweitem Einfluss anstehen. Solange die Arbeiterklasse nicht millionenfach zu antikapitalistischen und antirassistischen Schlussfolgerungen kommt, sind jedoch verschiedene Entwicklungen möglich, darunter auch eine erneute Stärkung und ein offensiveres Auftreten der Stiefelfaschisten zu einem späteren Zeitpunkt.

Rückkehr der Klassenkämpfe

86. In diesem Frühjahr meldete sich die europäische Arbeiterbewegung auf der Bühne des Klassenkampfes zurück. Eine erste verallgemeinerte Streikwelle Mitte der neunziger Jahre hatte sich überwiegend gegen konservative Regierungen gerichtet. Die Massen-

proteste in Italien 1994, die Arbeitsniederlegungen im öffentlichen Dienst in Frankreich 1995 und der Marsch auf Bonn in Deutschland 1996 führten damals zum Sturz vom italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi und bedeuteten den Anfang vom Ende der Regierungen Juppe und Kohl. Nach dem Wahlerfolg von Rot-Grün in der BRD standen in 13 von 15 EU-Staaten Sozialdemokraten an der Spitze der Regierungen. Die neue Streikwelle in den ersten Monaten des Jahres 2002 fand vor dem Hintergrund von Enttäuschungen mit der Fortsetzung arbeiterfeindlicher Politik unter ehemaligen Arbeiterparteien statt.

Im letzten Jahrzehnt, seit dem Zusammenbruch der stalinistischen Staaten, herrscht das kapitalistische System weltweit. Die Bourgeoisie konnte lapidar erklären: „Wir haben gewonnen“ (Schlagzeile des Wall Street Journal). Da die Führung der Arbeiterorganisationen dem nichts entgegensetzte, wurde das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse enorm zurückgeworfen. Bis heute ist das Klassenbewusstsein und die Unterstützung für eine grundlegende gesellschaftliche Alternative zum Kapitalismus weniger weit verbreitet als vor 1989. Allerdings hat die arbeitende Bevölkerung die Erfahrung gemacht, dass die Marktwirtschaft ihnen heute selbst im Wirtschaftsaufschwung nichts anzubieten hat. Während vor zehn Jahren Illusionen in Privatisierungen existierten, tritt in Britannien zum Beispiel in Umfragen mittlerweile eine Mehrheit für die Rückverstaatlichung der britischen Bahn ein. Auch die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung ausgehend von Seattle 1999 wirkt auf das Bewusstsein der Arbeiterklasse ein.

87. In Deutschland und international ist die Stimmung unter den arbeitenden Menschen von der Erkenntnis geprägt: Ob Aufschwung oder Abschwung – ArbeiterInnen und Arbeitslose sollen immer neue Opfer bringen.

Mehr als zuvor kamen in diesem Jahr die enorme Wut, die sich in den Betrieben angestaut hat, und die steigende Kampfbereitschaft zum Ausdruck. Trotz Wirtschaftskrise und Wahljahr, trotz der Versuche der Gewerkschaftsbürokratie eine Wiederwahl von Schröder und Fischer nicht zu gefährden, waren die Tarifaueinandersetzungen in einer Branche nach der anderen von Warnstreiks (im Einzelhandel, im Druckgewerbe, im Bankensektor, bei Post und Telekom) oder sogar Streikmaßnahmen (in der Metallindustrie und auf dem Bau) begleitet. Obwohl die Gewerkschaftsführung bei der Fusion von fünf Einzelgewerkschaften zu ver.di Werbung mit Größe, Geschlossenheit und Kampfkraft der neuen Gewerkschaft machte, hat sie bei den Warnstreiks einmal mehr unter Beweis gestellt, dass ihre Worte ein leeres Versprechen waren. Die Warnstreiks fanden in einem gemeinsamen Zeitraum statt. In einzelnen Wochen gab es fast täglich Warnstreiks oder Demonstrationen. Diese Kämpfe wurden bewusst von der Gewerkschaftsführung getrennt gehalten – aus Angst, die Kontrolle über die Bewegung zu verlieren. Damit hat sich unsere Einschätzung vom ver.di-Projekt ganz klar bestätigt. Es ist ein Projekt zur Stärkung der Bürokratie.

Mitte der neunziger Jahre hatte sich die Bourgeoisie von der Politik der Sozialpartner-

schaft verabschiedet und schlug eine härtere Gangart ein. Nach der Großdemo von 500.000 TeilnehmerInnen in Bonn 1996 gegen das Sparpaket und den Streiks von 100.000 MetallerInnen zur Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall gelang es Gewerkschaftsbürokraten und Betriebsratsfürsten eine weitere Verallgemeinerung der Klassenkämpfe abzuwenden und auf die Bundestagswahlen 1998 und einen Regierungswechsel zu vertrösten. Nach einer kurzen Schonfrist setzte sich seinerzeit dann aber der Unmut an der Basis in zwei überregionalen Demonstrationen von jeweils 30.000 Beschäftigten gegen die Gesundheitsreform und einer weiteren Demo von 50.000 gegen die geplante Begrenzung der Beamtenbesoldung schnell durch. Ein Jahr später legten im November 2000 15.000 Beschäftigte bei DaimlerChrysler in Sindelfingen und weitere Beschäftigte bei Porsche und VW die Arbeit nieder, um gegen die Verlängerung des so genannten Beschäftigungsförderungsgesetzes und gegen Riesters Rentenpläne zu protestieren. Eine Regionaldemo in Stuttgart-Bad Cannstatt folgte. Trotz aller Versuche der Gewerkschaftsspitze im Wahljahr 2002 Streiks abzuwürgen, beteiligten sich in der Metallindustrie eine Million an den Tarifaueinandersetzungen.

In der Tarifrunde 2002 kam es bisher zu größeren Mobilisierungen. Die Gewerkschaftsführung war jedoch in der abgelaufenen Legislaturperiode, trotz enormer Kampfbereitschaft in der Lage, die Auseinandersetzungen unter Kontrolle zu halten. Ein wichtiger Faktor dafür ist die immer noch vorhandene Schwäche und mangelnde Kampagnefähigkeit der organisierten Linken in den Gewerkschaften.

88. In den Betrieben und Gewerkschaften prallen heute gesteigerte Kampfbereitschaft und der Ausverkauf gewerkschaftlicher Grundpositionen seitens der Gewerkschaftsspitze massiv aufeinander. Die Gewerkschaftsbürokratie setzt nicht nur auf faule Kompromisse, sondern immer unverhohlener auf Co-Management. Es gibt Schritte in Richtung „Annäherung an die Staatsgewalt und das Verschmelzen mit ihr“ (wie Trotzki im Bezug auf die „Gewerkschaften in der Epoche des imperialistischen Niedergangs“ in den dreißiger Jahren warnte).

Zugleich werden die Gewerkschaftsführungen zunehmend unter Druck stehen, Proteste gegen die Angriffe durch Regierung und Kapitalisten zu organisieren. Das wird sie zu einem zunehmenden Spagat zwingen: einerseits in den Gremien mit Regierung und Kapitalisten, andererseits auf der Straße gegen sie.

Mit der Teilnahme an der Hartz-Kommission oder dem „100-Punkte-Programm zum einheitlichen Tarifrecht im öffentlichen Dienst“, (das ver.di in der Orwell-Sprache von „1984“ ein „Modernisierungsprogramm“ nennt), leistet die Gewerkschaftsrechte eigene Vorschläge für weiteren Sozialkahlschlag. Privatisierungen, Lohnverzicht und die Aushöhlung des Tarifrechts werden nicht mehr prinzipiell abgelehnt. Mit Betriebsvereinbarungen wie dem VW-Modell „5.000 x 5.000“ stimmen Gewerkschaftsfunktionäre im vorausseilenden Gehorsam Flexibilisierungen und Arbeitshetze zu. In den Aufsichtsräten geben die „Vertreter“ von Arbeiterinteressen ihren Segen zur Selbst-

bereicherung der Unternehmerklasse. So stimmte IG Metall-Chef Klaus Zwickel, der selber ein Gehalt von 13.000 Euro im Monat kassiert, bei der Mannesmann-Fusion mit Vodafone Millionenabfindungen für Manager zu.

Im „Übergangsprogramm“ von 1938 anlässlich der Gründung der IV. Internationale schrieb Trotzki, dass sich die Krise der Menschheit auf die Krise der Führung der Arbeiterklasse reduzieren ließe. Demgegenüber haben wir es heute nicht nur mit einer Krise von Führung, sondern auch mit einer Krise von Bewusstsein und von Organisation zu tun. Das gilt in erster Linie auf der politischen Ebene, auf der die Arbeiterbewegung ohne eigene Interessenvertretung dasteht. Aber auch auf der betrieblichen und gewerkschaftlichen Ebene ist die Arbeiterklasse auf Grund der Rolle der Gewerkschaftschefs Zwickels, Bsirkes und Sommers vielfach geschwächt, auch wenn die Gewerkschaften nach wie vor Massenorganisationen sind und weiterhin die potenziell stärkste Kraft in der Gesellschaft darstellen.

Wir dürfen auch nicht ignorieren, dass in den letzten Jahren Kampftraditionen und Erfahrungen verloren gegangen sind, selbst in Großbetrieben. Deshalb geht es auch darum, das ABC in gewerkschaftlicher Arbeit und bei betrieblichen Auseinandersetzungen und Arbeitskämpfen wieder zu erlernen. Hierbei kommt es auch auf die Rolle von Einzelnen an, nicht zuletzt auf Mitglieder in unseren eigenen Reihen.

89. In der nächsten Zeit wird es zu Bewegungen in den Gewerkschaften, allerdings auch an den Gewerkschaften vorbei kommen. In den letzten zehn Jahren ist die Zahl der DGB-Mitglieder von zwölf auf acht Millionen eingebrochen. Allein im vergangenen Jahr hat ver.di 80.000 Mitglieder verloren. Der Organisationsgrad ist unter Jugendlichen mit einem Anteil von fünf Prozent an der Gesamtzahl aller Gewerkschaftsmitglieder besonders schwach. Anders als früher kehren heute nicht nur inaktive KollegInnen der Gewerkschaft den Rücken zu. Bei der EVAG traten 200 Bus- und Bahnfahrer während eines betrieblichen Kampfes aus der Gewerkschaft aus.

Auf Grund des Rechtsrucks der Gewerkschaftsführung und der derzeitigen Schwäche der innergewerkschaftlichen Opposition ist es möglich, dass einzelne Auseinandersetzungen auf betrieblicher Ebene ohne Beteiligung der Gewerkschaften oder sogar im Konflikt mit gewerkschaftlichen VertreterInnen ablaufen können. Genauso wird es Fälle geben, in denen betriebliche Kämpfe ohne Zutun von Gewerkschaftsseite beginnen, bei denen die Belegschaften und AktivistInnen auch ohne unmittelbare gewerkschaftliche Initiativen die Gewerkschaften als Bezugspunkt sehen.

Diese verschiedenen Entwicklungen würden wiederum Rückwirkungen auf die Gewerkschaften haben. Ähnlich wie die Serie von wilden Streiks in der BRD im Zeitraum 1969-74 damals die Gewerkschaftsspitze zu offiziellen Streikmaßnahmen zwang. In Deutschland wird jedoch die innergewerkschaftliche Polarisierung der Haupttrend in den kommenden Jahren sein. In mehreren britischen Gewerkschaften konnten weiter links stehende Kandidaten in diesem Jahr rechte Gewerkschaftsvorsitzende ablösen. Nach der mageren Unterstützung von nur 65 Prozent aller Delegierten für die

Auflösung der ÖTV in der Dienstleistungsgewerkschaft ver.di auf dem ÖTV-Kongress vor zwei Jahren, sah sich der damalige Vorsitzende Herbert Mai gezwungen zurückzutreten.

90. Der Streik der IG Metall im Frühsommer 2002 war der erste offizielle Metallereik seit 1995. Diese Tarifaueinandersetzung zeigte in aller Schärfe das gegenwärtige Kräfteverhältnis zwischen den Klassen, den Zustand der Gewerkschaften und den Stand der Gewerkschaftslinken.

Es besteht heute ein großer Widerspruch zwischen Kampfbereitschaft und Kampfkraft auf der einen Seite und der Durchsetzungskraft auf der anderen Seite. Beim Kampf der Metaller waren sowohl die Streiktaktik als auch der Tarifabschluss ein Schlag ins Gesicht aller Lohnabhängigen. Mit der Flexistreiktaktik wurde die Aufgabe von Streiks, größtmöglichen ökonomischen Druck auf die Unternehmer auszuüben, ad absurdum geführt. Diese Taktik trieb solche Blüten, dass der an einem Freitag durch Streik verursachte Produktionsausfall im Werk des baden-württembergischen Metallarbeitgeberchefs Otmar Zwiebelhofer durch Sonderschichten am darauf folgenden Samstag sofort wieder reingefahren wurde. Angesichts der Überkapazitäten passten den meisten Kapitalisten die kurzfristigen Arbeitsniederlegungen sogar ins Konzept: Kurzarbeit auf Kosten der Streikkassen.

Der „Operettenstreik“ (Süddeutsche Zeitung) war nicht Ausdruck einer mangelnden Streikbereitschaft, sondern resultierte vielmehr aus der Angst der Gewerkschaftsführung davor, dass ihnen der Tarifkampf aus dem Rudern laufen könnte. Im Vorfeld waren in den Betrieben statt der offiziell beschlossenen IGM-Forderung von 6,5 Prozent mehrheitlich Forderungen in zweistelliger Höhe aufgestellt worden. Während sich bei der Urabstimmung in den Westbezirken 90 Prozent, im Osten 86 Prozent für Streik aussprachen, stimmten in Stuttgart nur 51 Prozent, in Mannheim 43 Prozent dem Abschluss zu. In einigen Großbetrieben lag die Unterstützung für das Tarifergebnis sogar bei weniger als 40 Prozent.

91. Das Eingreifen der „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ im Metallereik war das erste Eingreifen der Gewerkschaftslinken in einer Tarifrunde. Das für sich genommen bedeutet schon einen Schritt vorwärts. Allerdings sind auch die politischen und organisatorischen Schwächen deutlich geworden.

Durch das Ausmaß der Angriffe und den offensichtlichen Verrat der Gewerkschaftsführung werden die AktivistInnen der Gewerkschaftslinken, möglicherweise auch Teile der in ihr vertretenen Apparatlinsen, politisch weiter nach links und vielleicht auch zu mutigeren Aktionen gezogen werden. Mittelfristig sind weitere Differenzierungsprozesse zwischen BasisaktivistInnen auf der einen und RepräsentantInnen der Apparatlinsen auf der anderen Seite zu erwarten. Fortschritte in betrieblichen Kämpfen werden davon abhängig sein, in wie weit einzelne KollegInnen wirklich kampfbereit sind und Initiativen ergreifen. Hier kommt dem „Netzwerk für eine kämpferische und demokra-

tische ver.di“ besondere Bedeutung zu, weil dieser von SAV-Mitgliedern mitaufgebaute Zusammenschluss einen Kreis von AktivistInnen verschiedener Orte und Betriebe darstellt.

Die oppositionellen Strukturen müssen weiter aufgebaut werden. Die Arbeit muss verbindlicher werden. Um auf Kampfstrategie, Forderungen und Umsetzung der Forderungen entscheidenden Einfluss nehmen zu können, führt an Musterresolutionen, konkreten Initiativen (Organisierung von Demos, exemplarische Streikaktionen, Solidaritätsarbeit) und regelmäßigen Versammlungen vor, während und nach einer Tarifrunde kein Weg vorbei. Wenn diese Schritte nicht ergriffen werden sollten, dann wird die „Initiative zur Vernetzung der Gewerkschaftslinken“ früher oder später an Grenzen stoßen und nicht auf Dauer weiter bestehen können beziehungsweise sich nicht als handlungsfähige Kraft erweisen können, die in der Lage ist Mehrheiten zu mobilisieren.

92. Italien, Griechenland, Spanien und Portugal halten mit ihren landesweiten Streiks und Generalstreiks Deutschland den Spiegel der eigenen Zukunft vor. Dialektischerweise ist gerade die relative Stärke der deutschen Gewerkschaften ein Faktor dafür, dass der Klassenkampf hier noch nicht die gleiche Qualität erreicht hat wie in anderen Teilen von Europa.

Die Gewerkschaftsbürokraten in der BRD saßen in den letzten Jahren noch fester im Sattel. Die in der Vergangenheit erkämpften Rechte in den Betrieben und die Stellung des DGB haben zur Stärke des Apparates beigetragen und waren der Grund, dass es nicht zu einer ähnlichen Zahl militanter Betriebsauseinandersetzungen kam wie in Südeuropa beispielsweise, welche die dortige Gewerkschaftsführung massiv unter Druck setzte.

Da die Gewerkschaften in Deutschland weitgehend intakt sind und dank der potenziellen ökonomischen Stärke ist es nicht ausgeschlossen, dass die deutsche Arbeiterklasse – im Zuge einer weiteren Radikalisierung und Polarisierung - die Bewegung in anderen Ländern nicht nur einholt, sondern sogar überholt.

93. Die Wiedereinführung der Marktwirtschaft in Ostdeutschland war eine Niederlage für die ganze Arbeiterklasse. Auch die arbeitende Bevölkerung im Westen war betroffen, weil die Transferzahlungen für Unternehmenssubventionen und Arbeitslosigkeit auf ihrem Rücken finanziert wurden. Außerdem werden Niedriglöhne und Arbeitsverschlechterungen in der Ex-DDR bis heute im Westen als Druckmittel eingesetzt. Dennoch ist die Kampfkraft der Arbeiterklasse in Ostdeutschland mit dem millionenfachen Verlust ihrer Arbeitsplätze besonders nachhaltig geschwächt. Dort wirkt diese Niederlage bis heute stark nach.

Im Osten ist die Arbeitslosigkeit mit knapp zwanzig Prozent doppelt so hoch wie in Westdeutschland. Die Löhne sind um 25 Prozent niedriger. Nur noch ein Viertel aller Betriebe ist tarifgebunden, vor zehn Jahren waren es noch drei Viertel.

94. Nach Jahren von Schock und Lähmung fehlt es heute trotz enorm gestiegener Kampfbereitschaft nach wie vor an Erfahrung mit betrieblichen Auseinandersetzungen – und mit den bürokratischen Methoden der West-Funktionäre an der Gewerkschaftsspitze im Abwürgen von Kämpfen.

Allerdings ist die Lage widersprüchlich. Auf der einen Seite ist die Kampfkraft schwächer als im Westen, auf der anderen Seite besteht bei aller politischer Verwirrung eine größere Offenheit für linke oder systemkritische Positionen. Das schlägt sich in Wahlergebnissen und Meinungsumfragen nieder. Laut einer Allensbach-Umfrage von 1999 denken 79 Prozent aller Ostdeutschen bei „sozialer Marktwirtschaft“ an Arbeitslosigkeit, im Westen waren es zum gleichen Zeitpunkt 56 Prozent. Bemerkenswert war schon 1996, dass die damals diskutierte Forderung nach Generalstreik im Osten sogar von verschiedenen Gewerkschaftsfunktionären unterstützt wurde (zum Beispiel DGB Greifswald, DGB Erfurt oder GEW Mecklenburg-Vorpommern).

95. Die aktuelle Tarifrunde im öffentlichen Dienst steht im Zeichen von jahrelangem Reallohnverlust, Privatisierungen, Deregulierungen und Stellenstreichungen. Mit ihrer lächerlich niedrigen Forderung von drei Prozent plus x Lohnerhöhung versucht die Gewerkschaftsspitze bereits im Vorfeld den kampfbereiten Kolleginnen und Kollegen den Wind aus den Segeln zu nehmen. Außerdem hat die Basis in jüngster Zeit mehrfach Erfahrungen mit dem offenen Verrat ihrer Gewerkschaftsführung gesammelt. Nachdem in der letzten Tarifrunde im Jahr 2000 76,2 Prozent der Beschäftigten gegen die Empfehlung des Vorstands für Ablehnung des Schlichterspruchs und für Streik gestimmt hatten, setzte sich der damalige ÖTV-Vorstand eiskalt über dieses Votum hinweg. Nachdem wenige Monate nach diesem Fiasko die ÖTV-Arbeiterkonferenz Nachschlagsforderungen und die Durchsetzung mit Kampfmaßnahmen beschlossen hatte, wurde dieser Beschluss von der Gewerkschaftsspitze einfach ignoriert. Dem „Netzwerk für eine kämpferische und demokratische ver.di“ kommt eine besondere Verantwortung zu, für die Opposition in den anderen Einzelgewerkschaften beispielhaft Druck von unten zu erzeugen, die Polarisierung in ver.di zu vertiefen und eine programmatische und personelle Alternative gegenüber der Gewerkschaftsbürokratie aufzubauen.

96. In vielen Bereichen gibt die ver.di-Führung tarifliche Standards kampfflos auf. Ihre Strategie in Sachen Spartentarifvertrag ist fatal. Mit der Begründung, Spartentarifverträge bei öffentlichen Betrieben würden die Bedingungen für dessen Durchsetzung bei Privaten verbessern, führt zum freiwilligen Verlust errungener Rechte. Statt bei den privaten Busbetrieben zum Beispiel den Kampf für die Standards des Flächentarifvertrages aufzunehmen, erklärte die ver.di-Bürokratie bei Rhein-Bus im letzten Winter einen Spartentarifvertrag zum Streikziel. Die Verbesserung gegenüber den bisherigen Tarifen – obgleich weit unter dem BAT/BMT-G – konnte nur durch sieben Wochen Streik erkämpft werden.

Die Arbeitgeber fordern die Einführung von Spartenarbeitsverträgen auch für die Krankenhäuser. Bei einer Fortsetzung der Politik der Gewerkschaftsspitze droht die Gefahr, dass der Arbeitgeberseite – wie im Nahverkehr – weitere lokale Durchbrüche gelingen.

Widerstand gegen Tarifflicht, wie bei dem bisher längsten Arbeitskampf im Gesundheitswesen mit dem 215-Tage-Streik von TherapeutInnen der Rhein-Sieg-Klinik in Nümbrecht, wird verstärkt auf der Tagesordnung stehen.

97. In den neunziger Jahren wurden weltweit Staatsbetriebe im Wert von 1.000 Milliarden US-Dollar privatisiert (OECD-Angabe). Dennoch plant das Kapital international und in Deutschland nicht nur eine Fortsetzung, sondern sogar noch eine Forcierung des eingeschlagenen Privatisierungskurses.

Die Welthandelsorganisation WTO hat Verhandlungen über die weitere Liberalisierung des Dienstleistungshandels im Rahmen des Allgemeinen Abkommens über den Handel mit Dienstleistungen (GATS) auf den Weg gebracht. Eine neue Qualität erhält das Abkommen durch die Einbeziehung öffentlicher Dienstleistungen wie Bildung, Gesundheit und Wasserversorgung in die Verhandlungen. Im deutschen Gesundheitswesen soll beispielsweise der Anteil der Krankenhäuser in privaten Händen von sieben auf 45 Prozent erhöht werden. Dies entfacht in der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung starken Widerstand.

Der Protest gegen die Privatisierungswelle ist längst ein internationales Phänomen. In Griechenland, Israel und Südafrika kam es sogar zu Generalstreiks gegen Privatisierung. Auch in Deutschland regt sich zunehmend Widerstand. In Düsseldorf stimmten bei einem Bürgerentscheid knapp 90 Prozent gegen den Verkauf der Stadtwerke, in Kassel wurde gegen den Verkauf des Klinikums ein Kampf organisiert, in Münster streikten die Beschäftigten der Verkehrsbetriebe.

Kämpfe gegen Privatisierung kommen weltweit und bundesweit zusammen mit Kämpfen in der Privatindustrie gegen Massenentlassungen und Betriebsschließungen.

98. Bisherige Kämpfe gegen Werkschließungen oder Stellenabbau wie bei Alcatel oder Bombardier blieben in Ansätzen stecken. Staatliche Feuerwehrmanöver wie bei Holzmann oder Mobilcom wendeten kurzfristig Massenentlassungen ab – allerdings zu einem hohen Preis für die Belegschaften. Die Erfahrung mit diesem Tod auf Raten wird in Verbindung mit neuen Hiobsbotschaften im weiteren Verlauf der Rezession zur Einsicht führen, dass die Hoffnung in einen baldigen Wirtschaftsboom vergebens ist und die Bereitschaft zur Gegenwehr erhöhen.

In den kommenden Arbeitskämpfen und möglichen Betriebsbesetzungen werden die Forderungen nach Öffnung der Geschäftsbücher, nach Enteignung von Betrieben, die Massenentlassungen durchführen und nach demokratischer Kontrolle und Verwaltung von zentraler Bedeutung sein.

Angesichts von Massenarbeitslosigkeit, neuen Stellenstreichungen und Kurzarbeit wer-

den programmatische Antworten auf diese brennenden Fragen mehr Gehör finden. Es führt kein Weg daran vorbei, neben der Forderung nach öffentlichen Investitionsprogrammen auch weiterhin für die Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohn- und Personalausgleich in großen Schritten, mit der 30-Stunden-Woche als nächstem Ziel, einzutreten. Deutlich gemacht werden muss, dass nicht die Forderung mit Nachteilen für die Beschäftigten verbunden ist, sondern die bisherige Form der Umsetzung durch die faulen Kompromisse der Gewerkschaftsbürokratie (mit ihrer Zustimmung zu Lohnverlusten und Flexibilisierungen). Bemerkenswerter Weise waren auf dem IGM-Gewerkschaftstag vor drei Jahren mehr als zwanzig Anträge mit dieser Forderung aus verschiedenen Bezirken eingebracht worden, die damals nach kontroverser Debatte von der Mehrheit der Delegierten auch angenommen wurden.

99. Abwehrkämpfe gegen Betriebsschließungen und Privatisierungen werden begleitet sein von sozialen Protesten in den Kommunen. Die Verschuldung des Landes Berlin wird schon mit argentinischen Verhältnissen verglichen. Sogar eine Stadt wie München verhängte im Sommer 2002 eine Haushaltssperre. Nachdem die Gewerbesteuer-einnahmen der Großstädte bereits im Vorjahr um 16,6 Prozent eingebrochen waren, gingen sie im ersten Halbjahr 2002 um weitere 16 Prozent zurück. Explodierende Arbeitslosenzahlen, mehr SozialhilfeempfängerInnen, fortgesetzte Plünderungen öffentlichen Eigentums und weitere Entlastungen der Großkonzerne bis hin zur geplanten vollständigen Abschaffung der Gewerbesteuer werden das soziale Fieber steigen lassen. Seit dem Umzug der Bundesregierung zählt Berlin täglich mehr als ein halbes Dutzend Demonstrationen, viele davon richten sich gegen die kommunalen Kürzungen. In Hamburg gingen im Juni 70.000 gegen den Raubbau an der Bildung auf die Straße.

In den achtziger und neunziger Jahren setzte sich mit dem Niedergang des Kapitalismus und der Deindustrialisierung in Ostdeutschland die soziale Differenzierung fort. Eine ganze Schicht Langzeitarbeitsloser und verarmter und verschuldeter Haushalte und Einzelschicksale ist dauerhaft ausgegrenzt. Für diese Schichten existieren wenig Möglichkeiten, sich in die betrieblichen und gewerkschaftlichen Auseinandersetzungen einzubringen, für sie gibt es eher Ansatzpunkte bei Protesten gegen kommunale Kürzungen, Angriffen auf Erwerbslose oder Mieterhöhungen.

100. Eine größere Auseinandersetzung gegen Betriebsschließung, Entlassungen oder Privatisierungen kann heute jederzeit zu einer breiten Politisierung und Polarisierung in der Gesellschaft führen. In der Arbeiterklasse hat in vielen Teilen eine Wut und Unzufriedenheit eingesetzt, die zu einer Radikalisierung der Arbeiterklasse führen kann. Das wird neue soziale Auseinandersetzungen zur Folge haben. Dazu bedarf es keiner Betriebsbesetzung von der Dimension eines Rheinhausens 1988. Ein Kampf wie um das Hamburger Hafenkrankenhaus vor einem halben Dutzend Jahren könnte die gesamte Gesellschaft schon nachhaltig erschüttern.

101. Einmal in den Kampf getreten wird die Arbeiterklasse schnell an Selbstbewusstsein und politischem Bewusstsein gewinnen. Bei dem Streik von Daimler-Beschäftigten in Mettingen gegen Arbeitsplatzabbau Mitte der neunziger Jahre erklärte der Betriebsrat und Gewerkschaftslinker Tom Adler: „Die Diskussionen in diesen Tagen haben mir verdeutlicht, was man sonst mehr als Bücherweisheit mit sich rumträgt: Bewusstsein kann sich rasend sprunghaft entwickeln.“ Allerdings werden Kämpfe und Bewusstseinsentwicklung nicht in einer linear stetig ansteigenden Kurve nach oben gehen, es wird auch hier Auf und Abs geben. Auf Basis der Erfahrungen von Sozialkahlschlag im vergangenen Aufschwung und konfrontiert mit den Auswirkungen der neuen kapitalistischen Krise wird das Klassenbewusstsein steigen. Die Großbetriebe bleiben der Schlüssel dabei, das Vertrauen in die eigene Kraft zurückzugewinnen. Die spontanen Arbeitsniederlegungen von 100.000 Metallern 1996 zur Verteidigung der Lohnfortzahlung im Krankheitsfall hat die potenzielle Stärke eindrucksvoll unter Beweis gestellt.

Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung hat Deutschland erreicht

102. In den neunziger Jahren gab es eine Reihe von Protesten mit internationalem Charakter: Ob der Kampf der Liverpools Dockers oder der Zapatisten in Mexiko, ob die Auseinandersetzungen von Kleinbauern in Asien oder in Zentralamerika, ob die Aktionen von US-Studierenden gegen die Sweatshops oder die Euromärsche gegen Erwerbslosigkeit. Proteste, die auch einzelne Erfolge erzielen konnten – wie das Scheitern des MAI-Abkommens, des Multilateralen Abkommens über Investitionen, obgleich die Konflikte zwischen den verschiedenen nationalen Bourgeoisien auch ein wesentlicher Faktor für das Scheitern waren.

Doch der Protest gegen die Tagung der Welthandelsorganisation WTO in Seattle – ausgerechnet in der Heimat von Bill Gates, dem reichsten Mann der Welt – im November 1999 markiert einen einschneidenden Wendepunkt, in dem sich eine durch und durch internationale Bewegung manifestierte. Weltweit hatten mehr als tausend Organisationen zu den Protesten aufgerufen, bei denen Zehntausende von US-amerikanischen Jugendlichen und GewerkschafterInnen neben indischen Reisbauern und europäischen UmweltschützerInnen in der Stadt von Microsoft und Starbucks effektiv und wirksam die WTO-Auftaktzeremonie verhindern konnten. Seit der „Schlacht von Seattle“ ist weltweit kein bedeutenderes Gipfeltreffen der Institutionen des Kapitals mehr über die Bühne gegangen, ohne dass es nicht zu größeren Gegendemonstrationen gekommen wäre.

In Deutschland kam die Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung nach den Ereignissen in Göteborg und Genua im Sommer letzten Jahres an. Diese Bewegung, an der überwiegend Jugendliche aber auch ArbeiterInnen und ältere AktivistInnen beteiligt sind, hat die verschiedenen Ein-Punkt-Bewegungen der neunziger Jahre ab-

gelöst und fordert die Vorherrschaft der multinationalen Konzerne und die Politik des Neoliberalismus heraus.

Die Entwicklungen nach dem 11. September führten nicht zu einem Ende der antikapitalistischen Proteste, sondern zu einer Verbindung und gegenseitigen Befruchtung mit der Bewegung gegen den Afghanistankrieg. Nur ein Vierteljahr nach den Anschlägen auf das World Trade Center füllten 100.000 die Straßen von Brüssel. In Barcelona und Sevilla im März und Juni 2002 beteiligten sich Hunderttausende aus verschiedenen Ländern Europas an Protestmärschen gegen die Europäische Union.

103. Die neue Bewegung ist noch keine entschieden antikapitalistische Bewegung in der Hinsicht, dass die DemoteilnehmerInnen und AktivistInnen in ihrer großen Mehrzahl das kapitalistische System selbst fundamental ablehnen würden. Allerdings klagt die Bewegung die Folgen kapitalistischer Wirtschaftspolitik an und rückt die ökonomischen Ursachen der gesellschaftlichen Probleme in den Mittelpunkt ihrer Kritik. Damit stellt sie eine wichtige Weiterentwicklung des politischen Bewusstseins gegenüber den Protesten der neunziger Jahre dar. Außerdem hat die Bewegung einen durch und durch internationalistischen Charakter.

Die Bewegung ist in ihren politischen Positionen und Zielen nicht einheitlich. Während ein Teil bürgerliche Institutionen wie IWF, Weltbank oder WTO grundlegend in Frage stellt, hegt ein anderer Teil noch Illusionen in die Reformierbarkeit dieser Einrichtungen. Während die Losung „Eine andere Welt ist möglich“ massenhaft Unterstützung findet, gibt es wenig Vorstellungen über eine Systemalternative. In Abwandlung eines Ausspruchs von Erich Fried gilt für uns: Wer will, dass die Bewegung so bleibt wie sie ist, der will nicht, dass sie bleibt. Darum treten wir als MarxistInnen in der Bewegung für klare antikapitalistische und offen sozialistische Ideen ein. Wir gehen davon aus, dass es für diese Ideen heute schon bei einer wichtigen Zahl von Jugendlichen eine große Offenheit gibt. Wir gehen ferner davon aus, dass diese Ideen noch in diesem Jahrzehnt massenhaft diskutiert werden.

Die Zukunft der Bewegung gegen die kapitalistische Bewegung steht und fällt auch damit, in wie weit sie in der Arbeiterklasse den zentralen Bündnispartner sucht. Genua ragt heraus. Denn bei den 300.000, die vergangenen Sommer gegen den G8-Gipfel und gegen Berlusconi auf die Straße gegangen waren, demonstrierten – mehr als bei den vorherigen Protesten – Zehntausende von im Kampf stehenden ArbeiterInnen und Gewerkschaftsmitgliedern Seite an Seite mit Jugendlichen. Bei den in Italien entstandenen Sozialforen wird heute auch über Arbeitskämpfe diskutiert und die Frage vom Schulterchluss mit der Arbeiterklasse zum Thema gemacht.

104. Attac ist in Deutschland gegenwärtig der wichtigste organisatorische Ausdruck der Bewegung. In den letzten 18 Monaten ist Attac von 400 auf über 8.000 Mitglieder angewachsen. Woche für Woche stoßen derzeit weitere 50 Neumitglieder dazu. Damit verzeichnet Attac weiterhin stetiges Mitgliederwachstum. Gründungsversammlungen

und Veranstaltungen in verschiedenen Städten haben Hunderte von Interessierten angezogen. Attac ist zu einem politischen Faktor in Deutschland geworden. Das drückte sich zum Beispiel darin aus, dass sich nach dem Beginn einer Attac-Kampagne zur Gesundheitsreform Vertreter des Bundesgesundheitsministeriums zu einem Treffen mit Attacies gezwungen sahen.

Mit der Mobilisierung zur Anti-Bush-Demo oder der Organisierung einer bundesweiten Demo gegen Sozialabbau gemeinsam mit der Gewerkschaftsjugend in Köln haben sich Teile von Attac auch nach außen gewendet.

Allerdings hat die Dynamik bei Attac in diesem Jahr nachgelassen. Eine wichtige Zahl von politisch radikalisierten Jugendlichen fühlt sich von der wenig kämpferischen und häufig akademischen Atmosphäre vieler Attac-Strukturen nicht angezogen oder sieht keinen Sinn in kontinuierlicher Mitarbeit in diesen Strukturen.

105. Attac ist ein neues und widersprüchliches Phänomen. Vom politischen Charakter her ist Attac eine kleinbürgerliche Reformbewegung, in der sich AktivistInnen verschiedener sozialer Schichten engagieren. Die offizielle Programmatik bleibt im Rahmen des Kapitalismus. Es kann zwar noch nicht von einer Attac-Bürokratie im Sinne einer sozial privilegierten Elite die Rede sein, die eigene soziale Interessen entwickelt hätte und den Attac-Apparat beherrschen würde, aber dennoch haben beispielsweise die Nichtregierungsorganisationen (NGOs) durchaus eigene existenzielle Interessen, die an das Weiterbestehen der bürgerlichen Gesellschaft gekoppelt sind.

In den Reihen von Attac haben sich neben den NGO-VertreterInnen Altlinke, SozialdemokratInnen, Grüne, GewerkschafterInnen, KirchenvertreterInnen, PDS-Mitglieder und vor allem eine Schicht von bisher politisch nicht organisierten, vorwiegend StudentInnen gefunden. Der Charakter von Attac ist unterschiedlich, von Ort zu Ort und zwischen den verschiedenen Untergliederungen. Es gibt Arbeitsgruppen (zum Beispiel einige Hochschul- oder Antikriegsgruppen), die für kämpferische Jugendliche anziehend sind, zu anderen Strukturen (vielen Arbeitsgruppen und Plenen) kommen kämpferische Jugendliche einmal und nie wieder.

Die „zwei Gesichter“ von Attac haben sich mit der Konferenz im Herbst 2001 und dem Ratschlag im Frühjahr 2002 gezeigt. Während die Konferenz, die wahrscheinlich die größte linke Konferenz in der BRD seit zwanzig Jahren war, den Charakter einer aktiven Antikriegskonferenz hatte und es viel Beifall für linke und antikapitalistische Aussagen gab, brachte der Ratschlag zum Ausdruck, dass große Teile bei Attac innerhalb der kapitalistischen Marktwirtschaft verharren wollen.

In verzerrter Form widerspiegelt Attac den Rückgang des Bewusstseins in der Arbeiterklasse in den neunziger Jahren, den niedrigen Stand des Klassenkampfes und die politische Verwirrung der Linken und kleinbürgerlicher AktivistInnen.

Attac entspricht auch nicht dem politisch radikaleren Bewusstseinsstand unter den Jugendlichen, die auf der Anti-NATO-Demo in München, auf der Anti-Bush-Demo in Berlin oder bei der Fahrt nach Sevilla dabei waren.

106. Die Perspektiven für Attac sind offen. Konflikte gab es bei dem Ratschlag zu zentralen Fragen wie Schuldenstreichung, Ablehnung von der Politik der UNO, Auflösung vom IWF und anderen bürgerlichen Institutionen. Das starke Bedürfnis nach Einheit wird von dem rechten Flügel von Attac missbraucht, um unter dem Vorwurf „ideologischer“ Diskussionen nach Geschlossenheit zu mahnen. Die rechtsreformistischen Teile bei Attac und die Führung von Attac versuchen mit einer Politik des „kleinsten gemeinsamen Nenners“ eine Linksverschiebung zu verhindern.

Es ist durchaus möglich, dass kapitalistischer Krisenverlauf und Klassenkämpfe einen radikalierenden Einfluss auf Attac haben können. Möglich ist auch eine verstärkte Orientierung auf die Gewerkschaftslinken und die Arbeiterbewegung. Es ist aber auch sehr wohl denkbar, dass die internen Spannungen zu einer Lähmung führen, Kämpfe an Attac vorbei gehen werden und sich andere organisatorische Ausdrucksformen suchen. Angesichts des Klassencharakters von Attac ist dies die wahrscheinlichere Perspektive.

Es kann auch die Gefahr bestehen, dass Attac in Zukunft die Funktion von einer Bremse für die Bewegung zukommen kann. Auf dem Weg dorthin würde es jedoch zu Kontroversen und Polarisierung bei Attac kommen. In diesem Prozess ergeben sich Möglichkeiten für SozialistInnen. Wir können die Radikalisierung vor allem von neuen Schichten, die bei Attac aktiv geworden sind, vorantreiben und somit die Entwicklungen beeinflussen. Dieser Kampf um eine konsequente antikapitalistische Ausrichtung von Attac und Herausbildung einer Linken muss geführt werden.

Letztendlich ist Attac auch eine von verschiedenen Übergangsformationen auf dem Weg zu einer neuen Arbeiterpartei, auch wenn Attac selber keinen proletarischen Charakter hat. Während wir als MarxistInnen versuchen, antikapitalistische und sozialistische Ideen in die Diskussion zu bringen, müssen wir uns auch bewusst sein, dass die Regierung, die Gewerkschaftsbürokratie und die bürgerlichen Medien versuchen, Attac einzubinden, um es in Zukunft gegen die Bewegung verwenden zu können.

107. In der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung spielt eine große Anzahl von Jugendlichen eine Rolle. Sie sind oftmals die weitestgehenden und radikalsten Teile der Bewegung. Ein Teil von ihnen lehnt Kapitalismus klar ab und ist auf der Suche nach Alternativen zum Kapitalismus. Ein wichtiger Teil ist offen auf der Suche nach sozialistischen Ideen. Dieser Teil wird mit dem Einsetzen der Rezession weiter wachsen. Mit dem Beginn eines Krieges gegen den Irak werden es eine Vielzahl von Jugendlichen sein, die sich an den Protesten beteiligen. Unter SchülerInnen und Studierenden wird es zu einer breiten Gegenwehr gegen einen Krieg kommen. Schon beim Krieg gegen Afghanistan hat sich eine neue Generation von Jugendlichen nicht nur an den Protesten beteiligt, sondern auch eigene Proteste organisiert. Ein Beispiel dafür sind die 5.000 SchülerInnen die sich am Tag des Beginns des Krieges gegen Afghanistan an einem Schülerstreik beteiligten. SchülerInnen- und Studierendenstreiks und Proteste gegen den Krieg im Irak sind eine wahrscheinliche Perspektive.

108. Noch vor Jahresende sollen neue Castor-Transporte rollen, die bewusst auf die Wochen nach den Bundestagswahlen gelegt worden sind. Die Anti-AKW-Aktionen könnten erneut Tausende von Jugendlichen mobilisieren. Bei den letzten Protesten im Wendland hatte die enorme Desillusionierung und der offene Hass gegenüber den Grünen das Bild geprägt.

Ebenso wird Gegenwehr gegen Kürzungen und Privatisierungen im Bildungswesen zukünftig eine Rolle bei Jugendprotesten spielen. Seit Jahren wurde im Bildungssektor von Bund und Ländern der Rotstift angesetzt. Die Zustände an Schulen und Hochschulen haben sich verschlechtert. Mit der Veröffentlichung der PISA-Studie entwickelte sich eine Diskussion um das Bildungswesen. Von Teilen der Bourgeoisie wurde sie genutzt, um Angriffe auf das Bildungssystem zu fordern. So sprach sich Arbeitgeberpräsident Hundt für ein "Fünf-Punkte-Programm" aus. Dieses beinhaltete neben der klaren Bekenntnis zur Elitebildung die Forderungen nach höherem Leistungsdruck für SchülerInnen und leistungsorientierte Bezahlung der Lehrergehälter. Teile von LehrerInnen, SchülerInnen und Eltern haben die PISA-Studie als Beweis für den desolaten Zustand des Bildungssystems verstanden.

Mit den Verhandlungen über das GATS-Abkommen droht die Privatisierung des Bildungswesens. Bund und Länder wollen sich aus der Verantwortung für den Bildungsbereich herausziehen. Dafür wollen Konzerne, wie zum Beispiel Bertelsmann, zukünftig mehr Einfluss an Schulen und Hochschulen bekommen und Profite daraus schöpfen. Mit der Privatisierung des Bildungswesens durch das GATS-Abkommen wäre dem Tür und Tor geöffnet. Mit dem neuen Hochschulrahmengesetz wurde unter Rot-Grün festgelegt, dass das Studium bis zum ersten berufsqualifizierenden Abschluss gebührenfrei bleiben soll. In fast allen Bundesländern sind in Wahrheit aber Gebühren für so genannte "Langzeitstudierende", für das Zweitstudium oder das Seniorenstudium entweder schon eingeführt oder aber in der Planung. In vielen Bundesländern werden außerdem verdeckte Studiengebühren wie "Rückmeldegebühren" verlangt oder zukünftig eingeführt. Gegen die Einführung von Studiengebühren gab es in Nordrhein-Westfalen eine Protestwelle, in Zuge derer sich fast alle Universitäten in NRW im Streik befanden. Ebenfalls gab es Proteste und Streiks gegen Studiengebühren in Rheinland-Pfalz und gegen Kürzungen im Bildungswesen in Hamburg.

Bei den Studierendenprotesten kam die Ablehnung gegen Rot-Grün zum Ausdruck. Bei den vorausgegangenen Studentenbewegungen vor fünf Jahren spielten noch gewisse Erwartungen in eine rot-grüne Bundesregierung mit hinein, die damals eine weitere Ausdehnung der Proteste verhinderten. Demgegenüber demonstrierten und streikten Studierende dieses Jahr unmittelbar vor der heißen Wahlkampfphase. Einer Schicht von AktivistInnen war auch der Zusammenhang von der Einführung von Studiengebühren mit der neoliberalen Politik insgesamt bewusst. Mit den Streiks und Protesten konnte ein Teilerfolg erzielt werden. Diese Studierendenproteste geben auch einen Hinweis darauf, dass die soziale Frage in der nächsten Zeit bei den kommenden Jugendprotesten mehr und mehr in den Vordergrund treten wird.

Da die finanziellen Mittel des Bundes, der Länder und Kommunen für soziale Bereiche in Zukunft eher noch geringer werden und es den Wunsch von einigen Konzernen gibt, Bereiche des Bildungswesens zu privatisieren, wird es in Zukunft weitergehende Angriffe auf das Bildungswesen geben. Damit einhergehend werden wir in den nächsten Jahren größere SchülerInnen- und Studierendenbewegungen sehen.

109. Eine zentrale Aufgabe besteht heute darin, die Verbindung zwischen der Bewegung gegen die kapitalistische Globalisierung und der organisierten Arbeiterbewegung herzustellen. Vor dem Hintergrund der Großdemonstrationen gegen die Institutionen des Kapitals und der europaweiten Streikwelle der Arbeiterklasse würde eine solche Verbindung die beiden wichtigsten Phänomene der ersten zwei Jahre des neuen Jahrzehnts zusammenbringen: Die Rückkehr des Klassenkampfes und die Rückkehr des Antikapitalismus.

Was will die SAV?

Die Sozialistische Alternative organisiert **Gegenwehr** gegen Arbeitsplatz- und Sozialabbau, Umweltzerstörung, Rassismus und Neonazis. Wir setzen uns für kämpferische Gewerkschaften ein. Wir stehen für **Solidarität**, denn wir müssen uns gemeinsam wehren: Arbeitende, Arbeitslose, AusländerInnen und Deutsche, Frauen und Männer. Die Marktwirtschaft regiert auf der ganzen Welt. Der Kampf dagegen kann nur erfolgreich sein, wenn wir ihn weltweit führen. Deshalb hat sich die SAV mit sozialistischen Organisationen und Parteien aus über 30 Ländern zusammengeschlossen. Unternehmer und Regierung wollen zurück zu Verhältnissen, wie vor hundert Jahren, denn der Kapitalismus hat abgewirtschaftet.

Unsere Alternative heißt **Sozialismus**, eine Gesellschaft ohne Armut, Ausbeutung und Unterdrückung. Wir wollen weder die Diktatur einer Bürokratie, wie früher in Osteuropa, noch die Diktatur der Konzerne und Banken.

Damit nicht länger die Profitinteressen einer kleinen Minderheit bestimmen, müssen die großen Konzerne, Banken und Versicherungen in Gemeineigentum überführt werden. Wir wollen eine demokratisch geplante Wirtschaft in der die Arbeitskraft aller Menschen, die Wissenschaft und Technik eingesetzt werden, um allen ein menschenwürdiges Leben zu garantieren.

Mach mit bei den SozialistInnen

Ich möchte ...

- ... weitere Informationen über die SAV
- ... Mitglied der SAV werden

Infos:
030 - 247 238 02
www.sozialismus.info

Name, Telefon

Adresse

Abonnier' unsere Zeitung „SOLIDARITÄT – Sozialistische Zeitung“

- 15,- € für ein Jahr
- Förderabo mit einer monatl. Spende von ___ €
- ___ Exemplare zum Weiterverkauf
(in Kommission – Bezahlung erfolgt nach Weiterverkauf)

Name

Telefon

Adresse

Abgeben am Info-
Stand der SAV oder
senden an:

**Sozialistische
Alternative**

Littenstraße 106/
107, 10179
Berlin,

Telefon:

030 - 24723802

Fax:

030 - 24723804

eMail:

info@sav-online.de